

Das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA)  
Eine Diskursnetzwerkanalyse

Von Anna Friedrich

Icer Papers on European  
Governance

Vol. IV, No. 1/2018

ISSN 2409-5133  
<https://doi.org/10.25651/icer412018>

Kontakt:  
Anna Friedrich  
E-Mail: a.friedrich@student.uibk.ac.at

ICER – Innsbruck Center for European Research  
Jean Monnet Chair for Political Science and European Integration  
University of Innsbruck  
Dept. of Political Science – Universitätsstrasse 15 – AT 6020 Innsbruck  
Homepage: [www.icer.at](http://www.icer.at)  
E-Mail: [info@icer.at](mailto:info@icer.at)  
Andreas Maurer  
Layout: Philipp Umek  
© ICER

ISSN 2409-5133  
<https://doi.org/10.25651/icer412018>

With the support of the  
Erasmus+ Programme  
of the European Union



This publication was edited with the financial support by the European Commission within the project "Democracy and Parliamentary Involvement in EU Trade policies, DEPATRA (project number 600517-EPP-1-2018-1-AT-EPPJMO-Chair) of the Jean Monnet Chair by Prof. Dr. Andreas Maurer. The

European Commission's support for the production of this publication does not constitute an endorsement of the contents, which reflect the views only of the authors, and the Commission cannot be held responsible for any use which may be made of the information contained therein.

## Abstract

Anhand des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) wurde untersucht, durch welche *Frames* sich Koalitionen im Diskurs rund um das Freihandelsabkommen CETA bildeten und wie diese Koalitionen auf den damit zusammenhängenden politischen Prozess eingewirkt haben. Dabei wird davon ausgegangen, dass die BefürworterInnen und GegnerInnen des Abkommens verschiedene Frames im Bereich des *diagnostic framing* und *prognostic framing* verwenden. Es wird die Hypothese geprüft, ob stärkere Frames oder *story lines* einer Diskurskoalition mehr Bedeutung entfalten können und damit den gesamten Diskurs und den politischen Prozess beeinflussen. Methodisch wird dabei eine qualitative Inhaltsanalyse auf 644 Artikel aus der österreichischen Kronen Zeitung, der Presse und des Standards aus dem Zeitraum des 11. Februar 2014 bis zum 1. Juli 2017 angewendet. Den deduktiven Aspekt der Analyse stellen die drei *core framing tasks*, also das *diagnostic framing*, *prognostic framing* und *motivational framing* dar, die Generierung der einzelnen Codes erfolgte jedoch induktiv. Die Ergebnisse zeigen dass in der Kronen Zeitung CETA negativ geframed wurde und einen großen Anteil an den Statements CETA-kritischer Akteure aufweist. Diese konnten den Diskurs dahingehend ändern, dass die Verantwortlichen nachträgliche Änderungen vornehmen mussten, sollte das Abkommen zur Wirkung gelangen. Die KritikerInnen CETAs schafften es mit ihrer *story line*, viele Teile der Gesellschaft abzufangen und das öffentliche Stimmungsbild aufgrund des starken Narrativs, der während der Nachwehen der Wirtschaftskrise auf fruchtbaren Boden stieß, zu ihren Gunsten zu drehen. Dennoch konnte eine CETA-kritische Koalition beim *prognostic framing* keine Diskurshoheit erlangen und die Implementierung des Abkommens somit nicht verhindern.

## 1. Einleitung

Freihandelsabkommen sind in der Mitte des sozialen Protests angekommen, nachdem ihnen lange Zeit kaum Beachtung geschenkt wurde. Insbesondere aber, seitdem neoliberale ökonomische Entwicklungen sowie die Globalisierung aufgrund der Wirtschaftskrise beginnend ab 2008 vermehrt in die Kritik geraten sind und freier Handel mit immer mehr Staaten und Märkten angestrebt wird, die nicht das gleiche Niveau an Standards oder Regulierungen wie Europa aufweisen können oder wollen, stehen Teile der Gesellschaft ihnen nicht mehr unbeteiligt gegenüber. Deshalb blieb es in der Öffentlichkeit auch nicht unbeachtet, als die Europäische Union mit den USA ab 2013 eine Transatlantic Trade und Investment Partnership, kurz TTIP, anstrebte, die ein umfassendes Freihandelsabkommen mit einem mächtigen, wirtschaftsliberalen Industriestaat bedeutet hätte. Der Aufschrei in Teilen der Gesellschaft war groß und im Zuge des aufkommenden Protestes wurden sich viele KritikerInnen TTIPs erst gewahr, dass auch noch ein anderes Freihandelsabkommen mit einem nordamerikanischen Land, das Comprehensive Economic and Trade Agreement mit Kanada, kurz CETA, auf seinen Abschluss wartet und zum damaligen Zeitpunkt beinahe fertig ausverhandelt war. Was nun im Windschatten von TTIP einsetzte, war ebenfalls breiter Protest gegen, sowie umfassende Kritik an CETA, was durchaus zu Erfolgen führte, wenn das Abkommen auch nicht in gleicher Weise wie TTIP zu Fall gebracht werden konnte.

Dennoch lohnt es sich, den Diskurs rund um CETA Beachtung zu schenken, da er durch die Ermittlung von Argumentationsmustern zur Erklärung des Verhaltens von Akteuren sowie der Entwicklungen des ganzen Prozesses beitragen kann. Man denke beispielsweise nur an die beabsichtigte Implementierung eines Investitionsgerichtshofs oder das Nachgeben der Europäischen Kommission schon vor der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs bei der Ratifikation des Vertrages in den nationalen Parlamenten. Um diese Entwicklungen erklären zu können, bieten sich die Frame-Theorie nach Benford und Snow, sowie der Diskurskoalitionen-Ansatz nach Hajer an. Beide gehen davon aus, dass durch *Framing* Bedeutungszuschreibungen in einem Diskurs vorgenommen werden und so auf den politischen Prozess eingewirkt werden kann.

Die Forschungsfrage, um die sich diese Arbeit deshalb dreht, lautet also:

*Um welche Frames bildeten sich Koalitionen im Diskurs rund um das Freihandelsabkommen CETA und wie haben diese Koalitionen auf den damit zusammenhängenden politischen Prozess eingewirkt?*

Um dieses Erkenntnisinteresse beantworten zu können, wurden sowohl Thesen als auch Hypothesen aufgestellt. Zuerst wurden Annahmen hinsichtlich der verwendeten Frames und der Herausbildung von Koalitionen gemacht.

*BefürworterInnen und GegnerInnen CETA verwenden verschiedene Frames, vor allem im Bereich des diagnostic framing und prognostic framing.*

*Es bilden sich zwei große Diskurskoalitionen, einerseits eine Befürwortende und andererseits eine Ablehnende.*

Daneben beschäftigt sich eine andere These mit den verwendeten Daten.

*In der Kronen Zeitung wird CETA weit kritischer behandelt und negativer geframed als in Standard und Presse.*

Schließlich will eine Hypothese noch herausfinden, wie die Frames oder *story lines*, das sind zu Narrativen zusammengefügte Frames, auf andere Akteure einwirken.

*Je stärker die Frames oder „story lines“ einer Diskurskoalition sind, desto mehr Bedeutung haben diese Frames oder diese „story lines“ im gesamten Diskurs und können auf den politischen Prozess dahinter einwirken.*

Die Arbeit ist zur Beantwortung des oben genannten Erkenntnisinteresses nun wie folgt aufgebaut: Zuerst erfolgt mittels Literaturbericht eine Darstellung der Freihandelspolitik und Handelsstrategien der Europäischen Union im Allgemeinen, bevor das Freihandelsabkommen CETA im Speziellen beleuchtet wird. Dabei wird man sehen können, dass die EU aufgrund des Stillstands in den WTO-Verhandlungsrunden seit einigen Jahren ihren Fokus wieder auf bilaterale Handelsabkommen gelegt hat. Diese neue Handelspolitikstrategie war auch Vorbedingung für den Entschluss, CETA

mit Kanada anzustrengen. Außerdem wird dargelegt, welche Inhalte in CETA zu finden sind, die größten Kritikpunkte daran und welche Änderungen vorgenommen wurden. Im nächsten Abschnitt finden sich die theoretischen Grundlagen, auf die sich diese Diskursanalyse stützt. Es erfolgt ein kurzer Überblick über den Stand der Forschung hinsichtlich diskursiver Zugänge in der Politikwissenschaft, bevor auf den Ansatz der Diskurskoalitionen nach Hajer näher eingegangen, da dieser für die Analyse des Diskurses rund um CETA von großer Bedeutung ist. Anschließend wird noch die Framing-Theorie dargestellt. Nach dem Modell von Benford und Snow werden durch *framing* Handlungen und Ereignisse Bedeutung gegeben und anhand dieser Frames Interpretationen vorgenommen. Ihre Kernfunktionen, das *diagnostic, prognostic* und *motivational framing* dienen dieser Analyse weiters als Codekategorien.

In einem methodischen Abschnitt werden die qualitative Inhaltsanalyse sowie der Discourse Network Analyzer von Philip Leifeld vorgestellt. Die qualitative Textanalyse basiert vor allem auf der Codierung von Daten. Diese Codierung folgt dabei keinem strengen Muster, sondern ist vielmehr ein heuristischer, interpretativer Vorgang. Daneben wird ihr durch die Anzahl der jeweils genannten Codes auch eine quantitative Komponente zuteil, die darauf schließen lässt, welche Muster in einem Diskurs am zentralsten waren.

Danach werden kurz die Generierung und Zusammensetzung der Daten dargelegt sowie die wichtigsten Charakteristika derselben. Codiert wurden für diese Arbeit Zeitungsartikel der Kronen Zeitung, der Presse und des Standards, aus denen Statements politischer Akteure herausgefiltert wurden.

Schließlich folgt der analytische Teil der Arbeit. Darin werden zuerst die Frames der drei Codekategorien aufgezeigt, um die sich der Diskurs rund um CETA gedreht hat. Anschließend werden noch Diskursnetzwerke interpretiert und anhand dieser auch die Diskurskoalitionen aufgezeigt. Außerdem wird versucht, die *story lines* der jeweiligen Koalitionen nachzuzeichnen. Am Ende folgt ein Fazit, welches die wichtigsten Erkenntnisse noch einmal zusammenfasst.

## 2. Freihandel und die EU

### 2.1. Handelsstrategien der EU

Zusammengenommen stellen die 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit einem Anteil von ca. 15% aller Exporte und Importe des gesamten Welthandelsvolumens neben den USA und China eine der drei größten Wirtschaftsmächte der Welt dar. So entfielen auf die EU-28 2016 Ein- und Ausfuhren von knapp 3,5 Billionen Euro. Um einen regen Austausch an Gütern, Waren, Dienstleistungen und Investitionen weiterhin aufrecht zu erhalten, sind Freihandelsabkommen mit Drittstaaten von zentraler Bedeutung, damit möglichst attraktive Bedingungen durch gegenseitige Marktöffnung und Wegfall von Handelshemmnissen geschaffen werden können. Schon in den 1950er Jahren wurden deshalb im EWG-Vertrag die meisten Kompetenzen für die Schaffung einheitlicher Außenhandelsbeziehungen den Organen der EG übertragen, um den gemeinsamen Markt auch hinsichtlich seiner Außenwirtschaftsbeziehungen abzusichern. 1970 war der Übergang der handelspolitischen Kompetenzen auf die Gemeinschaft gänzlich vollzogen. Seitdem stellt die Handelspolitik einen der am meisten integrierten Politikbereiche dar. Mit dem Vertrag von Nizza wurden außerdem die Bereiche „Dienstleistungen“ und „Geistiges Eigentum“ zu Kompetenzen der Kommission, die seit dem Vertrag von Lissabon auch ausländische Direktinvestitionen umfassen. (Europäische Kommission 2017b; Monar 2014, 98–101; Europäischer Rat 2017)

Die Kommission wurde bei der Aushandlung von Freihandelsabkommen also sowohl mit dem Vorschlagsrecht als auch Verhandlungsmonopol ausgestattet. Allerdings kommen auch anderen EU-Organen sowie den Mitgliedstaaten noch einige Befugnisse zu. Während der Europäische Rat die Kommission zu Verhandlungen autorisieren und ihr ein Verhandlungsmandat, durch welches der Kommission Richtlinien vorgegeben werden, erteilen muss, steht den Mitgliedstaaten ein strenges Kontrollrecht zu und sie verfügen bei Verhandlungen über ein Kontrollorgan in Form des Handelspolitik-Komitees, einer Arbeitsgruppe des Rates. Das Ergebnis der Ausarbeitung braucht schließlich noch die Zustimmung des Rates und des Europäischen Parlaments. Ist diese

Hürde überwunden, schließt der Rat auf Vorschlag der Kommission und unter eventueller Beteiligung des Europäischen Parlaments das Abkommen ab. Außerdem stellte der EuGH im Mai dieses Jahres fest, dass die sogenannten umfassenden Freihandelsabkommen in Teilen auch der Ratifikation durch nationale Parlamente bedürfen. (Monar 2014, 101–2; Gstöhl und Hanf 2014, 737; Europäische Kommission 2017b; Mayer, 16. Mai 2017)

Abschließen kann man Handelsabkommen mit einem einzelnen Drittstaat, einer Gruppe von Drittstaaten oder über die Welthandelsorganisation (WTO) mit einem Großteil der gesamten Staatengemeinschaft, was von der EU einige Zeit favorisiert wurde. (Monar 2014, 101–2)

Als die multilaterale Welthandelsrunde der WTO in Doha aber zu keinen überzeugenden Ergebnissen gelangt war, entschied sich die Europäische Union dafür, in ihrer Handelspolitik einen etwas anderen Weg einzuschlagen und fokussierte sich daraufhin wieder auf ihre zentralen kommerziellen Interessen. Deshalb legte sie in der „Global Europe“-Handelsstrategie von 2006 auch ein Ende der „Lamy Doktrin“ fest. Diese Doktrin gab 1999 zu Gunsten der multilateralen WTO-Verhandlungsrunden den Abschluss neuer bilateraler Freihandelsabkommen auf. Die neue Handelspolitikstrategie setzte diesem Vorgehen vorerst ein Ende und durch bilaterale Freihandelsabkommen sollten wieder neue Märkte erschlossen werden, wodurch man sich auch eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Wirtschaftsraumes erhoffte. (Gstöhl und Hanf 2014, 733–35) Außerdem wurde Handel vier Jahre später zu einem Kernbestandteil der „Europe 2020“-Strategie der EU, mittels der man sich nachhaltiges Wirtschaftswachstum, neue Arbeitsplätze und Verbrauchervorteile erhofft. Auch darin wurde festgelegt, dass man die Doha-Verhandlungsrunde zwar immer noch abschließen will und auch möglichst unterstützt, daneben aber wieder bilaterale Freihandelsabkommen anvisiert. Diese Freihandelsabkommen stellen dabei eine „neue Generation“ dar, die sich nicht mehr auf reine gemeinsame Handelspolitik beschränkt, sondern so umfassend ist, dass sie auch mit den Mitgliedstaaten geteilte Kompetenzen berührt und deshalb der gemeinsamen Ratifizierung, also sowohl auf EU- als auch nationalstaatlicher Ebene,

bedarf. Vor allem die Streitbeilegungsmechanismen bei Investitionen sind davon betroffen, weswegen diese Teile eines Freihandelsabkommens erst in Kraft treten können, wenn alle Mitgliedstaaten sie ratifiziert haben. Im Zuge des Diskurses um TTIP und CETA entschloss sich die Europäische Union 2015 schließlich, die Handelsstrategie „Trade for All“ zu verfolgen, mit der mehr Effektivität und Transparenz zu erreichen versucht und Werten eine größere Berücksichtigung eingeräumt werden soll. (Europäische Kommission 2010, 2006; Breuss 2017, 2–3; Mayer 2017)

Neben den neuen Strategien brachte auch der Vertrag von Lissabon weitreichende Änderungen in der gemeinsamen Wirtschaftspolitik. Handel wurde dadurch zu einem breiteren Ziel externer Handlungen, sprich, die Union will künftig auch mit diesen umfassenden Freihandelsabkommen ihre Werte und Standards exportieren. Gleichzeitig erhielt aber auch das Europäische Parlament mehr Kompetenzen und Mitsprache bei Entscheidungen. Der Handelspolitik sollte dadurch zusätzlich mehr Transparenz und Legitimität verliehen werden. Diesen Änderungen wurde nach Inkrafttreten des Vertrages durchaus Einfluss sowohl auf die künftige Ausarbeitung als auch die Inhalte neuer Freihandelsabkommen zugesprochen. Vor allem die Ausweitung der Handelspolitik als Wertevermittler stellte eine ziemliche Neuerung dar, war das Ziel der vormaligen gemeinsamen Handelspolitik doch vorrangig, Liberalisierungen zu erreichen. (Gstöhl und Hanf 2014, 733–36; Europäische Kommission 2010, 2–5) Ein Freihandelsabkommen dieser neuen Generation stellt nun jenes mit Kanada dar.

## 2.2. Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA)

### 2.2.1. Zustandekommen und Inhalt

Im Oktober 2013 erklärten Kanada und die EU, dass sie, nach langer Vorbereitung und mehrjährigen Verhandlungen, eine Einigung über ein „Comprehensive Economic and Trade Agreement“, kurz CETA, erreicht haben. Ende September 2014 wurde der Abschluss der Verhandlungen bekannt gegeben und ein erster Entwurf veröffentlicht. Die Verhandlungen hatten 2009 begonnen, nachdem der EU-Kommission damals noch ein Mandat zur Aushandlung eines reinen

Handelsabkommens mit Kanada gegeben worden war. 2011 war dieses Mandat mittels Entscheidung des Rates schließlich um ein Investitionskapitel erweitert worden. CETA muss also schon deshalb Beachtung geschenkt werden, weil es eines der ersten von der Kommission ausverhandelten umfassenden Freihandelsabkommen mit einem modernen Industriestaat ist und als Modell für künftige Freihandelsabkommen dieser Art gehandelt wird. (McKenzie 2014, 233–34; Ackhurst, Natrass und Brown 2016, 58; Hummer 2015, 16; Breuss 2017, 4–5; D'Erman 2016, 91)

CETA stellt dabei ein sogenanntes asymmetrisches Freihandelsabkommen dar, bei dem eine Seite der weitaus größere beziehungsweise mächtigere Partner ist; in diesem Fall ist der europäische Markt zehn Mal so groß. Deshalb gehen Ökonomen davon aus, dass Kanada weitaus stärker von CETA profitieren wird als die EU, da sich ersterem ein weit größerer Wirtschaftsraum öffnet und deshalb mehr Potential für Kanada gegeben ist. Damit könnten sich auch die immer wieder erteilten Zugeständnisse Kanadas an die EU, beispielsweise das Einlenken beim Schiedsgerichtshof oder auch dem sogenannten „Beipackzettel“ erklären. (Breuss 2017, 4–5)

Inhaltlich enthält CETA, neben dem Abbau tarifärer Handelshemmnisse, vor allem Neuerungen im nicht tarifären Bereich, die in dieser Form noch in keinem Freihandelsabkommen der EU und Kanadas enthalten sind. Zunächst legt CETA fest, dass tarifäre Handelsschranken schneller und umfassender abgebaut werden müssen als das bisher der Fall war. Letztendlich sollen 99% aller Zölle, teils schon mit Inkrafttreten des Abkommens, wegfallen. Beide Seiten erhoffen sich dadurch eine Steigerung des Handelsvolumens. (Ackhurst, Natrass und Brown 2016, 58–59; Kafsack, 16. September 2016)

Daneben werden, wie schon erwähnt, durch das Abkommen auch nicht-tarifäre Schranken zwischen den beiden Wirtschaftsräumen abgebaut. So findet man die regulatorische Kooperation, durch die Normen gegenseitig anerkannt sowie harmonisiert werden, und günstige Ursprungsregeln. Beide Verhandlungspartner räumen sich gegenseitig die Möglichkeit ein, an öffentlichen Ausschreibungen sowohl auf nationaler als auch subnationaler Ebene teilzunehmen. Dies wird als einer der größten Verhandlungserfolge der EU angesehen, da die meisten Aufträge in Kanada

auf regionaler oder lokaler Ebene vergeben werden, ausländische Unternehmen sich dort bis jetzt aber nicht dafür bewerben konnten. Weiters soll durch CETA der gesamte Dienstleistungsverkehr, außer in jenen Bereichen, die explizit davon ausgeschlossen sind, liberalisiert werden. Dieses Vorgehen mit sogenannten Negativlisten stellt auch eine Innovation dar, da bisher meist auf Positivlisten zurückgegriffen wurde, in denen die Bereiche aufgezählt waren, die liberalisiert werden durften. Daneben erkennen beide Seiten durch CETA gegenseitig gewisse Berufsqualifikationen an und das Abkommen bietet auch einen Schutz geistigen Eigentums. (Ackhurst, Natrass und Brown 2016, 60–61; Europäische Kommission 2017a)

Bei einer gegenseitigen Investitionssumme von mehreren hundert Milliarden Euro sieht man außerdem, welche zentrale Bedeutung Investitionen für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Kanada haben, weswegen auch diese Eingang in das Abkommen gefunden haben. Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon verfügt die Kommission, wie schon erwähnt, auch in diesem Bereich über die Verhandlungskompetenz und die Mitgliedstaaten erteilten ihr das diesbezügliche Mandat 2011. Die EU ist Kanadas zweitgrößter ausländischer Investor sowie Handelspartner, während Kanada auf der Liste der wichtigsten ausländischen Investoren der EU auf Platz vier rangiert. (Ackhurst, Natrass und Brown 2016, 59)

Gerade diese Investitions- und Investitionsschutzklauseln in CETA, das umstrittene Kapitel 10, riefen aber viel Kritik hervor. Tatsächlich enthält das Abkommen jedoch präziserer und genauer definierte Formulierungen als die meisten seiner Artgenossen und umfasst einige Neuerungen, um Effektivität und Effizienz des Investor-State-Dispute-Settlements (ISDS) zu gewährleisten. ISDS sind Schiedsgerichtsklauseln, die es, als Instrument der Streitbeilegung, Unternehmen ermöglichen, gegen Staaten zu klagen. Zunächst muss festgehalten werden, dass ein Schiedsverfahren über CETA nur aufgrund von Ansprüchen aus Verstößen gegen nicht-diskriminierende Behandlung und Investitionsschutz angestrengt werden kann. Weiters gibt es vor, dass es reinen Briefkastenfirmen ohne wesentliche Geschäftstätigkeiten in Europa oder Kanada nicht gestattet ist, den Investitionsschutz in Anspruch zu nehmen. So will man ausschließen, dass CETA von Firmen als Hintertür genützt wird, um dessen Investitionsschutz

auszunützen. (Hummer 2015, 17–19; Kafsack 2016b; Breuss 2017, 4; Ackhurst, Natrass und Brown 2016, 59–62) Um die Kritik am Investorenschutz zusätzlich einzudämmen, wurden diese Passagen des Abkommens deshalb von der Kommission und Kanada nachverhandelt und man konnte sich im Februar 2016 darauf einigen, einen unabhängigen Gerichtshof für Investorenschutzklagen einzurichten. Diese Überarbeitung war auch nötig, da das Europäische Parlament ansonsten seine Zustimmung zum Abkommen verweigert hätte. Deshalb sieht CETA nun die Errichtung eines bilateralen Gerichtshofs mit 15 unabhängigen Schiedsrichtern, die nicht mehr von den Parteien selbst ernannt werden können, vor. Daneben will man außerdem noch eine Berufungsinstanz, die es bisher bei Schiedsverfahren nicht gegeben hat, schaffen. (Kafsack 2016a)

Nachdem der Rat, nach zähem Ringen um die Zustimmung Belgiens, CETA bereits Ende Oktober 2016 abgesehnet hatte, erteilte das Europäische Parlament schließlich am 15. Februar 2017 seine Zustimmung, sodass der vorläufigen Anwendung des Abkommens seitdem nichts mehr im Wege steht. Deshalb haben sich die Kommission und Kanada darauf geeinigt, das Abkommen ab September vorläufig anzuwenden. (Zeit Online 2017; Breuss 2017, 3) Da die Kommission den Mitgliedstaaten schon im Juli 2016 zugestanden und auch der Europäische Gerichtshof bereits klargestellt hat, dass die „neue Generation“ der Freihandelsabkommen als gemischt behandelt werden muss, also sowohl europäische als auch nationalstaatliche Kompetenzen berührt werden, treten damit jene Teile in Kraft, die in den europäischen Befugnisbereich fallen. Hingegen müssen, damit der Investitionsschutz, der Schiedsgerichtshof und die Möglichkeit zu Portfolioinvestitionen zur Wirkung gelangen, erst alle nationalen, und zum Teil sogar regionalen, Parlamente den Vertrag ratifizieren. Dieser Prozess kann sich über Jahre hinweg ziehen, wobei zu diesem Zeitpunkt noch nicht festgestellt werden kann, ob alle Parlamente zustimmen werden. (Breuss 2017, 3–4, 8; Europäische Kommission 2017a)

### 2.2.2. Kritik an CETA

Lange Zeit formierte sich über CETA kaum eine öffentliche Debatte und auch Widerstand dagegen blieb während der Verhandlungen weitgehend aus. Breiter Diskurs sowie Kritik und Protest setzten größtenteils erst nach 2013 ein, als die Verhandlungen über die Transatlantic Trade and Investment Partnership, kurz TTIP, mit den USA starteten. (Kafsack 2016b) GegnerInnen und KritikerInnen fürchten die Konsequenzen, wohingegen BefürworterInnen, vor allem Wirtschaftsverbände, die ökonomischen Vorteile der Abkommen hervorheben. (Dorn et al. 2016, 41)

Als Hochburgen des europäischen Protestes gegen CETA erwiesen sich dabei Deutschland, Österreich sowie Belgien. So verfügt Österreich inzwischen über eine besonders breite Front an GegnerInnen, die beispielsweise den ÖGB, die Landeshauptleutekonferenz, alle Umweltorganisationen sowie GlobalisierungskritikerInnen, die Kronen Zeitung, den Spar-Konzern sowie diverse Interessensverbände unter sich vereint und außerdem auch noch die Regierungspartei SPÖ sowie die Oppositionsparteien FPÖ, Grüne und das inzwischen aufgelöste Team Stronach ihre Unterstützerinnen nennen kann. (Schwaiger 2016)

Die Kritikpunkte an CETA umfassen sowohl in Europa als auch Kanada mehrere Bereiche. Zuallererst formierte sich der Widerstand gegen das umstrittene Investor-State-Dispute-Settlement (ISDS). Es wurde der Vorwurf an der Kommission laut, damit eine Paralleljustiz einzurichten, mit der Konzerne gegen Staaten Schadenersatzklagen zu Lasten der SteuerzahlerInnen einreichen könnten, wann immer ihre ökonomischen Interessen durch Diskriminierung oder indirekte Enteignung beeinträchtigt seien. Darüber hinaus fürchten die KritikerInnen, dass Konzerne dadurch auch Einfluss auf die Gesetzgebung der Nationalstaaten erlangen könnten, da aufgrund der Angst vor solchen Klagen, und im weiteren Verlauf Schadenersatzzahlungen, Gesetze in öffentlichen Bereichen unterlassen werden würden. Die ordentliche Gerichtsbarkeit in den Mitgliedstaaten würde Investoren genügend Absicherung bieten. (Braune 2016; Süddeutsche Zeitung 2016; Troszczyńska-van Genderen 2014, 5–6) Dagegenhalten lässt sich, wie oben schon erwähnt, der begrenzte Anwendungsbereich für Schiedsverfahren sowie die Errichtung eines unabhängigen Schiedsgerichtshof.

Außerdem liegen Bedenken hinsichtlich der regulatorischen Kooperation vor, da befürchtet wird, dass diese zu einem Absinken von Umwelt- und Lebensmittelstandards beitragen könnte und das Vorsorgeprinzip dadurch ausgehöhlt wird. Das Vorsorgeprinzip ermöglicht präventive Schutzmaßnahmen in den Bereichen Umweltschutz, Verbraucherrechte und Lebensmittelstandards, um potenzielle Gefahren zu vermeiden oder zu verhindern. Dies ist auch möglich, wenn keine umfassenden Beweise für Bedenken vorliegen. Die Kommission hält dagegen, dass Standards durch CETA nicht unterwandert werden würden. (Süddeutsche Zeitung 2016; Schöllmann 2017, 7–8; EUR-Lex 2016; Kafsack, 16 2016b)

Weitere Kritik bezog sich auf fehlende Demokratie des ganzen Prozesses. Man bemängelte, dass die EU Verhandlungen hinter verschlossenen Türen führte, Information verabsäumte und ein undemokratisches Vorgehen verfolgte. Erst nach Abschluss des Zustandekommens einer Einigung wurde der Text von CETA veröffentlicht, wodurch Zivilgesellschaft, NGOs und Parlamente auf europäischer sowie mitgliedstaatlicher Ebene keine Möglichkeit gehabt hätten, sich in den Ausarbeitungsprozess einzubringen. Deshalb wurde der Ruf nach mehr Transparenz lauter. Die Kommission wehrte sich gegen diese Vorwürfe zwar damit, dass man bei Verhandlungen seine Positionen nicht gänzlich offenlegen dürfe und nach Ende der Verhandlungen ein öffentlicher Diskussionsprozess stattfinden konnte, jedoch verbesserte die EU in laufenden Verhandlungen dennoch die Informationslage sowie Transparenz. (Hummer 2015, 22–23; Süddeutsche Zeitung, 22. Oktober 2016; Schöllmann 2017, 8)

Daneben bestehen Bedenken, dass durch CETA öffentliche Dienstleistungen und Versorgerbetriebe liberalisiert und dadurch privatisiert werden könnten. Vor allem durch die erstmals verwendete Negativliste wird befürchtet, dass öffentliche Leistungen dem Liberalisierungsdruck nicht standhalten könnten. Allerdings enthält CETA keine Verpflichtung für Staaten, öffentliche Dienstleistungen und Versorgerbetriebe zu liberalisieren, stattdessen aber Möglichkeiten, bereits gemachte Liberalisierungsschritte wieder rückgängig zu machen. (Schöllmann 2017, 8–9)

Die KritikerInnen und GegnerInnen konnten, wie man anhand der Analyse der Daten erkennt, im Verlauf des Diskurses mit ihren Forderungen, wenn auch nicht die gewünschte Verhinderung eines CETA-Abschlusses, dennoch viel erreichen. Es kam zu Nachverhandlungen und nun wird ein unabhängiger Schiedsgerichtshof mit öffentlichen Verhandlungen und Berufungsinstanz eingerichtet. Öffentliche Dienstleistungen müssen nicht liberalisiert werden, Umwelt- und Lebensmittelstandards wurden von der regulatorischen Kooperation ausgenommen, einige geschützte Ursprungsangaben bleiben erhalten. Außerdem erkannte die Kommission schon vor Entscheidung des EuGH CETA als gemischtes Abkommen an, weswegen nun auch alle Parlamente der Mitgliedstaaten den Vertrag ratifizieren müssen. Daneben änderte die EU erneut ihre Handelspolitikstrategie und verpflichtete sich zu mehr Transparenz.

Neben all diesen Errungenschaften ist es außerdem noch nicht gesichert, dass der Ratifikationsprozess überall erfolgreich verläuft, sodass ein endgültiges Inkrafttreten zum jetzigen Zeitpunkt nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden kann.

### 3. Theoretische Grundlagen

Nach den Entwicklungen rund um CETA, soll nun auf die theoretischen Grundlagen eingegangen werden, auf die sich die Diskursanalyse dieser Arbeit stützen wird. Zuerst erfolgt aber noch ein kurzer Stand der Forschung hinsichtlich diskursiver Zugänge in der Politikwissenschaft.

Mit der „argumentativen Wende“, die vor allem seit den 1990er Jahren darauf abzielt, Erklärungen für Entwicklungen in der Politik mittels Argumentations- und Wahrnehmungsmustern zu finden, hat die Diskursanalyse ihren Weg in die Politikwissenschaft gefunden. Der lange Zeit vernachlässigten Bedeutung von Sprache wurde somit ein Ende gesetzt. Man kam durch diese neuen Erklärungsansätze zu der Einsicht, dass die Komplexität politischer Gestaltungsprozesse nicht nur auf objektive Mechanismen, sondern auch auf den Spielraum, der Akteuren bleibt, die Subjektivität bei der Wahrnehmung und Interpretation sowie auf Veränderungen, die durch Diskussionsprozesse entstehen, zurückzuführen ist. Mit der argumentativen Wende

wollte man also den die Realität konstituierenden Umfang von Diskursen in die Policy-Analyse miteinbeziehen. Der Begriff der „argumentativen Wende“ vereint zunächst eine Vielzahl unterschiedlicher Ansätze unter sich, wobei sie alle zwei Grundsätze teilen, nämlich einerseits, dass die soziale und politische Wirklichkeit sozial und diskursiv konstruiert ist und andererseits, dass Politik einen Kampf um Bedeutung darstellt. Dabei geht es der „argumentativen Wende“ auch darum, sich mit der Praxis der Policy-ForscherInnen auseinanderzusetzen und Policy-Analyse als diskursive Praxis zu begreifen. (Janning et al. 2009, 59, 61; Fischer und Forester 1993, 4; Münch 2016, 2–3, 47)

Grundsätzlich gesprochen, will die Diskursanalyse zuallererst Bedeutungsstrukturen und Sinnzuschreibungen fassen, die ein Diskurs verfestigt. Dadurch trägt er auch zu der Institutionalisierung einer kollektiv verbindlichen Wissensordnung in einer Gesellschaft bei. „Sachen“ oder „Dinge“ werden nämlich erst in Diskursen bedeutsam. Deshalb ist es wichtig, den Prozess zu betrachten wie ein Subjekt oder Objekt diese Bedeutung erlangt, sodass es im Laufe der Zeit womöglich sogar als „gegeben“ angenommen wird. Prinzipiell kann ein Diskurs beschrieben werden als „a system that regulates the formation of statements.“ (Waever 2009, 164; Münch 2016, 58) In der Forschung zur Europäischen Integration lassen sich nun zwei unterschiedliche Bereiche diskursiver Zugänge unterscheiden, nämlich einerseits Arbeiten, die die Diskursanalyse zu einer Theorie der Europäischen Integration entwickeln wollen und eindeutig in der Unterzahl sind. Andererseits findet man viele Studien, die Fragen der europäischen Integration anhand der Diskursanalyse aufnehmen. Diese stellen allerdings keine generelle Integrationstheorie dar, vielmehr untersuchen sie Subfelder und Policy-Bereiche. Außerdem hat sie es vermieden, eine bestimmte grundsätzliche Position hinsichtlich Europäischer Integration einzunehmen und kann sich deshalb auf recht unterschiedliche theoretische Zugänge stützen, weshalb sie eher als ein methodisches Instrument anzusehen ist, welches Veränderungen im europäischen Bereich erklären will. (Waever 2009, 163–64)

Gemeinsam ist diskursanalytischen Ansätzen auf jeden Fall, dass sie einerseits kognitive und ideelle Seiten politischen Handelns herausheben wollen und andererseits ein

mikroanalytischer Aspekt, der Diskurselemente und Strukturzusammenhänge im Detail aufdecken soll. Beziehungsstrukturen und Zusammenhänge stehen also im Fokus, weswegen die Diskursanalyse im weitesten Sinn der Strukturanalyse zugerechnet werden kann. (Janning et al. 2009, 66)

Leifeld und Haunss (2012), an deren Ansatz sich diese Arbeit anlehnt, gehen davon aus, dass man den politischen Prozess als Konflikt über die Diskurshegemonie zwischen zwei Diskurskoalitionen auslegen kann. Dabei kann eine Koalition dieses Ziel vor der Entscheidungsfindung erreichen und einen anderen Kurs der Entscheidungsträger erreichen. (Leifeld und Haunss 2012, 383)

Will man die Struktur eines Diskurses anhand einer Diskursnetzwerkanalyse untersuchen, bieten die Frame-Theorie und der Ansatz der Diskurskoalitionen eine gute Grundlage. Beide Konzepte sind auf gewisse Weise miteinander verknüpft.

### 3.1. Diskurskoalitionen nach Marteen Hajer

Grundsätzlich ist eine Diskurskoalition „a group of actors who share a social construct“. (Hajer 1993, 45) Um ein gemeinsames Ziel zu erreichen, schließen sich verschiedene Akteure zusammen. Dieses soziale Konstrukt ist dabei vor allem dazu da, einer Situation oder bestimmten Umständen Bedeutung zu verleihen. Akteure übernehmen also gleiche Überzeugungen und Positionen und interpretieren Themen auch anhand von Deutungsrahmen und –mustern (Frames) auf bestimmte Art und Weise. Diese Bedeutungskonstruktion wird Framing genannt und ist ein wichtiger Teil des politischen Prozesses, weil man die so entstandene eigene Realität, sprich die eigene Perspektive, auch auf andere Akteure übertragen möchte. Soziale Konstrukte entstehen aber nicht in einem Vakuum, sondern sind geprägt von historischen Diskursen, die mit Wissen darüber gefüttert sind, wie mit anderen Problemen in der Vergangenheit umgegangen wurde. Diskurse framen auf diese Weise Probleme, indem sie bestimmte Aspekte hervorheben, andere hingegen nicht. Frames legen fest, welche Aspekte wichtig sind, welche Themen Probleme darstellen und was für Lösungen angeboten werden. Nicht jede Situation wird automatisch als politisches Problem angesehen. Ausschlaggebend dafür ist der Narrativ, in welchem sie diskutiert werden.

Da es verschiedene Wahrnehmungen hinsichtlich einer Situation gibt, entstehen diesbezüglich auch verschiedene Realitäten. Nur wenn der Situation bestimmte Ursachen zugeschrieben werden, wird sie zu einem politischen Problem. Daneben beeinflussen Diskurse aber auch den Kontext, in dem das Problem wahrgenommen wird. So wirkt ein Diskurs also auch auf das Verständnis eines Problems ein. (Hajer 1993, 44–46; Herweg 2013, 5–6; Kern 2008, 113)

Der von Hajer verwendete Diskursbegriff stellt dafür den Diskurs als Gruppierung von Ideen, Konzepten und Kategorien dar, die einem Phänomen Bedeutung zuschreiben, er ist sozusagen ein bestimmtes Muster, welches während Diskussionen generiert wird. (Münch 2016, 60)

Wollen Diskurskoalitionen erfolgreich sein, sprich politische Prozesse tatsächlich beeinflussen, müssen sie einige Dinge beachten. Zunächst benötigen sie Stabilität hinsichtlich ihrer zentralsten Frames und Akteure. Außerdem sollten Koalitionen es vermeiden, sich ideell mit anderen zu überlappen, da dies die Stabilität gefährden könnte und sich beide gegenseitig schwächen. Daneben sind eine starke ideelle Kongruenz der Mitglieder, Einheitlichkeit gegenüber konkurrierenden Koalitionen und das Ansprechen einer breiten Wählerschaft Vorbedingungen für den Erfolg einer Diskurskoalition. Weiters sollten Koalitionen, die Veränderung herbeiführen wollen, die Kernframes dominieren und in der Lage sein, die verwendeten Frames, die zwar ein breites, aber nicht zu diversives Bündel darstellen sollten, in eine konsequente *story line* zu integrieren. (Leifeld und Haunss 2012, 384–85)

Hajer schreibt den bereits beschriebenen Diskurskoalitionen Deutungsrahmen und Muster sowie Handlungsfäden zu, womit sie Diskurshoheit oder Diskurshegemonie erreichen wollen, um ihre Ziele und Interessen durchzusetzen. Allerdings können dabei objektive Interessen Diskurse nicht instrumentalisieren. Vielmehr ist Gegenteiliges der Fall und Interessen entstehen erst mit der Zuteilung von Positionen oder Handlungsfäden. Erfolgreich sind sie dann, wenn ihre Problembeschreibung den Diskurs dominiert und anschließend auch bearbeitet wird. Bei Hajer wird politischer Wandel also durch Veränderungen in diesen Diskurskoalitionen erklärt. (Janning et al. 2009, 64–65; Münch 2016, 61–62)

Ziel dieser Arbeit ist es, Diskurskoalitionen im Diskurs um CETA herauszufiltern und herauszufinden, ob diesen gelungen ist, den politischen Prozess zu beeinflussen.

### 3.2. Frame-Theorie

Um die Forschungsfrage dieser Arbeit beantworten zu können, müssen neben den Diskurskoalitionen die Inhalte der Diskurse betrachtet werden, um daraus Deutungsrahmen oder auch Deutungsmuster generieren zu können. Diskurse können wie bereits erwähnt dazu dienen, Bedeutungs- und Sinnzuschreibungen in einem sozialen und politischen Kontext zu verfestigen und damit zur Institutionalisierung einer Wissensordnung beitragen, weshalb die Diskursanalyse versucht, Übereinstimmung bei Themen und Argumenten sowie ein darüber stehendes Bedeutungsschema auszumachen. Auch Frames dienen dazu, bestimmten Dingen eine kollektive Bedeutung oder Sinnzuschreibung zu geben, was durch soziale Prozesse und Übereinkommen geschieht. Dieser Prozess der diskursiven Konstruktion geteilter Interpretationen wird Framing genannt und spielt in politischen Prozessen eine zentrale Rolle. Während also Diskurse eine übergeordnete Einheit, einen Rahmen, darstellen, können Frames, als verschiedene Sichtweisen, die einzelnen Inhalte dazu bilden. (Leifeld und Haunss 2012, 384; Münch 2016, 58, 80)

Der Framing-Ansatz wurde ab Mitte der 1980er Jahre, aufbauend auf dem Konzept der „Rahmen-Analyse“ von Erving Goffman, entwickelt. Goffman sieht Frames als Interpretationsschemata, die es erlauben, Ereignissen und Vorgängen Bedeutung zu geben und so dazu beitragen können, Erfahrungen zu organisieren und Handlungen zu leiten. Diese Konzeption nimmt auch der Framing-Ansatz auf, der vor allem von Benford und Snow entwickelt wurde und eine ähnliche Definition der Begriffe aufweist. Ein „Frame“ wird dabei als eher statisch angesehen, während „Framing“ mehr dynamische und interpretative Prozesse anspricht, welche bei der Auswahl, Interpretation und Herstellung von Sinn helfen sollen. (Snow und Benford 1992, 137; Münch 2016, 79; Kern 2008, 142)

Dieser Ansatz bezieht dadurch die lange übersehene Tatsache mit ein, dass soziale Bewegungen, in diesem Fall die Diskurskoalitionen, Bedeutungs- und Glaubenssysteme

nicht nur übernehmen, sondern auch selbst produzieren. Darüber hinaus findet ein Kampf um die Mobilisierung und Gegenmobilisierung von Bedeutung und Ideen statt. Das Ergebnis dieser Prozesse wird schließlich *collective action frame* bezeichnet, also ein kollektiv gewachsener Handlungsrahmen, in dem sich Menschen bewegen. Durch Bedeutungszuschreibung üben diese *collective action frames* eine interpretative Funktion aus und vereinfachen und verdichten Dinge, wodurch UnterstützerInnen mobilisiert werden sollen. Darüber hinaus werden sie genützt, um Aktivitäten und Kampagnen zu legitimieren (Kern 2008, 141–42; Benford und Snow 2000, 613–14; Münch 2016, 79–80)

Haben Akteure eines politischen Konflikts in diesen Handlungsrahmen ihre Frames letztendlich generiert, kommen diesen bestimmte Funktionen zu. Hierbei spricht man von den drei *core framing tasks*, sprich Kernaufgaben des Framings, die *diagnostic*, *prognostic* und *motivational framing* genannt werden. (Benford und Snow 2000, 615; Leifeld und Haunss 2012, 384)

Beim *diagnostic framing* geht es vorrangig um die Identifikation von Problemen und deren Ursachen sowie um Problemzuschreibung. Bei letzterem will man vor allem einen „Schuldigen“ oder „Verantwortlichen“ festmachen. Nach diesem ersten Schritt bietet das *prognostic framing* Lösungen und Vorstellungen an, wie ein zuvor diagnostiziertes Problem am besten behoben werden kann. Hingegen ist es Aufgabe des *motivational framing*, Anreize für kollektives Handeln zu entwickeln. Schon Olson erkannte in den 1960er Jahren, dass es für Partizipation bei der Erreichung eines Kollektivgutes Anreize braucht, da ansonsten das Problem der Trittbrettfahrer auftritt und eine Mobilisierung ausbleibt. Deshalb müssen soziale Bewegungen selektiven Antrieb, der zu Partizipation führt, geben, wie beispielsweise Anerkennung, Solidarität oder moralische Appelle. (Benford und Snow 2000, 615–16; Kern 2008, 143–45)

Aufbauend auf diese Kernaufgaben zeigen Snow et. al. (1986) verschiedene Framing-Strategien, die sich Akteure schließlich aneignen können, um ihre Ziele zu erreichen. Diese sollen hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt werden, da die Analyse der Strategien den Umfang dieser Arbeit übersteigen würde. Solche Strategien sind Frame-Bridging, bei dem strukturell getrennte aber übereinstimmende Frames

verbunden werden, Frame-Amplification, was der Verstärkung eines Deutungsrahmens dient und das Mobilisierungspotential vergrößern soll, Frame-Extension, bei der man ursprüngliche Deutungsrahmen erweitert oder ihnen neue inhaltliche Schwerpunkte gibt und Frame-Transformation, mit der man unkonventionelle Überzeugungen oder Ideen durchsetzen will. (Snow et al. 1986, 467–74; Kern 2008, 147–49)

Zuletzt soll auch noch das Konzept des *Master Frames* etwas genauer skizziert werden, da es Interpretationsrahmen in den Blick nimmt, die nicht nur in einer, sondern mehreren Gruppen relevant geworden und somit für Diskurskoalitionen von zentraler Bedeutung sind. *Master Frames* sind deshalb allgemeiner formuliert und breiter gefasst. Grundsätzlich unterscheiden sie sich nicht von *collective action frames*, außer in ihrer Reichweite. Ihre Funktion besteht darin, als interpretatives Medium zu fungieren, durch welches kollektive Akteure verschiedener Bewegungen sich auf einen kleinsten gemeinsamen ideologischen Nenner verständigen können. Welches Mobilisierungspotenzial ein *Master Frame* aufweist, hängt nach Benford und Snow von zwei Faktoren ab. Erstens kommt es darauf an, wie ausgearbeitet dieser ist, denn je ausgearbeiteter, desto größer seine Anziehungskraft und Einfluss. Daneben braucht es als zweiten Faktor auch noch Resonanz, das heißt der Frame muss für das Leben der UnterstützerInnen, SympathisantInnen und Danebenstehenden relevant sein. Je größer die Resonanz, desto höher die Mobilisierungskraft. (Snow und Benford 1992, 138–41)

#### 4. Methode<sup>1</sup>

Als Methode wird in dieser Arbeit eine qualitative Inhaltsanalyse des Diskurses rund um CETA vorgenommen. Als Daten stehen dafür Texte zur Verfügung, sodass man von einer qualitativen Textanalyse sprechen kann. (Kuckartz 2016, 5)

Um Ergebnisse zu erlangen wird dabei deduktives und induktives Vorgehen kombiniert. Den deduktiven Aspekt der Analyse stellen die drei „*core framing tasks*“, also das *diagnostic framing*, *prognostic framing* und *motivational framing*, dar, welche

---

<sup>1</sup> Dieser Abschnitt ähnelt einem von mir verfassten Teil der Seminararbeit „Um welche Diskurse bildeten sich Koalitionen während der NPT-Überprüfungskonferenz 2015?“, welche im Rahmen des Seminars Internationale Beziehungen - Vertiefung von assoz. Prof. Mag. Dr. Senn (LV 402134) im Wintersemester 2016/17 mit Andrea Silberberger und Daniela Wallinger erarbeitet wurde.

die Frame-Theorie vorgibt und als Codekategorien fungieren. Hingegen ist die Generierung der einzelnen Codes die induktive Komponente. Sie werden, als Frames, während des Codierungsprozesses direkt aus dem Datenmaterial heraus gewonnen und unter die Codekategorien subsumiert.

In der qualitativen Forschung besteht ein Code meist aus einem Wort oder einer Phrase, das beziehungsweise die einen Teil der schriftlichen oder visuellen Daten zusammenfasst, also das Wesentliche erfasst. Der Code wird dabei vom Wissenschaftler selbst konstruiert, da er die Daten mit einem Label versieht und sie mit Bedeutung kennzeichnet. Codieren ist deshalb eine interpretative Vorgehensweise und folgt keiner strikten Wissenschaft. Vielmehr bezeichnet es einen heuristischen Vorgang, eine Problemlösungstechnik, die sich nicht genauer Vorgaben oder Formeln bedient. (Saldaña 2016, 4-5,9)

Durch den Vorgang des Codierens wird es möglich, Muster in den Daten zu erkennen. Als Muster können sich wiederholende, sprich mindestens zwei Mal vorhandene, oder regelmäßige Vorkommnisse von Handlungen oder Daten bezeichnet werden. Das Finden von Mustern ist in der qualitativen Forschung deshalb von Bedeutung, weil man damit Angewohnheiten, Wichtigkeit und Salienz im menschlichen Verhalten feststellen und Beschreibungen von Routinen, Ritualen, Regeln, Rollen und Beziehung der Menschen bestätigen kann. (Saldaña 2016, 5–6) Daneben beinhaltet die Diskursanalyse bei Vorhandensein großer Textmengen aber auch noch eine quantitative Komponente. Dadurch wird es möglich, komplexe Beziehungsstrukturen sichtbar zu machen und Verallgemeinerungen, Vergleichbarkeit sowie generalisierbare Aussagen besser zu generieren. In diesem Fall ist dadurch vor allem möglich, die zentralsten Frames und Akteure aufzuzeigen. (Janning et al. 2009, 82–84) Aufgrund der Quantität des Datenmaterials und in diesem Zusammenhang auch großen Anzahl an kodierten Textstellen, finden nur Codes Beachtung, die mindestens zehn Mal genannt wurden, da die Analysen ansonsten zu unübersichtlich ausfallen und die Netzwerke unkenntlich würden.

Da darüber hinaus auch eine Diskursnetzwerkanalyse vorgenommen wird, braucht es zusätzlich noch eine Analysesoftware, die diese Netzwerke exportieren kann. Dafür wird der Discourse Network Analyzer von Philip Leifeld verwendet.

#### 4.1. Discourse Network Analyzer

Mit Hilfe der sozialen Netzwerkanalyse ist es möglich, politische Diskurse inhaltsanalytisch festzuhalten und mit aktorsbasierter Politikfeldanalyse, die Machtkoalitionen und Kooperationsmuster erfassen will, zu verbinden. Die Diskursnetzwerkanalyse fügt dieser sozialen Netzwerkanalyse nun noch eine kategorienbasierte Inhaltsanalyse von Texten hinzu, wodurch sie mehr Formalität als andere diskursive Ansätze aufweist. Dadurch können Veränderungen in politischen Diskursen auf Akteur- wie Diskursebene untersucht werden. Während sich auf der Akteursebene aufgrund von abgeänderten Argumentationsweisen vorrangig die Diskurskoalitionen mit der Zeit ändern, können sich auf Diskursebene Frames, Überzeugungssysteme und Deutungsmuster wandeln. Diese Veränderungen können schließlich als Bestimmungsfaktoren oder in Abhängigkeit zu anderen Daten analysiert werden. (Leifeld 2009, 391; Leifeld und Haunss 2012, 389)

Für eine solche Analyse braucht man eine Software, um die gemeinsame Extraktion von Akteuren und Konzepten aus den Daten zu erleichtern, weswegen auf den Java-basierten Discourse Network Analyzer, kurz DNA, von Philip Leifeld zurückgegriffen wird. (Leifeld 2009, 391)

Durch die manuelle Codierung im Softwareprogramm werden Textpassagen zu sogenannten Statements. Dabei kann man letztere mit den Zuschreibungen Person, also wer hat diese Aussage getätigt, Organisation, zu der die Person zugehörig ist, Konzept, sprich die Bezeichnung für den Code, den man der Textstelle geben will, und Agreement, ob die Person dem Konzept zustimmt oder nicht, versehen.

Diese Vorgehensweise wurde bei allen Zeitungsartikeln angewendet und gleichzeitig ein Codebook angelegt, in dem alle Codes festgehalten und schon unter die Codekategorien, also die drei *core framing tasks* aus der Frametheorie, subsumiert wurden.

Nach dieser ersten Codierung erfolgte in einem nächsten Schritt die Überarbeitung des Codebooks, wobei Codes zusammengefasst oder auch gelöscht wurden, wenn sie keine Relevanz erlangten, also keine zehn Nennungen aufwiesen.

Nach Abschluss des Codiervorgangs ermöglicht schließlich der DNA, Diskursnetzwerke automatisch zu exportieren. Dabei stellt die Diskursnetzwerkanalyse mehrere Möglichkeiten zur Verfügung. Grundsätzlich gibt es drei Arten von Diskursnetzwerken. Zunächst kann ein Kongruenznetzwerk erstellt werden. Dabei entsteht immer eine Kante zwischen zwei Akteuren, die ein gemeinsames Konzept aufweisen. Dieses Kantengewicht nimmt, bei gleicher Bewertung, mit der Anzahl geteilter Konzepte zu. Daneben ist die Erstellung eines Netzwerkes der Konzepte untereinander möglich – das Konzeptnetzwerk oder der Diskursraum. Hier werden zwei Konzepte durch eine Kante verbunden, wenn derselbe Akteur die beiden Konzepte aufweist. Das Kantengewicht nimmt mit der Anzahl der Akteure zu, die beide Konzepte gemeinsam nennen. Schließlich kann noch ein weiteres Netzwerk der Akteure untereinander erstellt werden – das Konfliktnetzwerk. Dafür ist es notwendig, dass ein Akteur einem Konzept zustimmt während ein anderer es ablehnt, um sie durch eine Kante zu verbinden. Das Kantengewicht steigt dabei, je mehr Konzepte durch die beiden Akteure unterschiedlich bewertet werden. (Leifeld 2009, 394, 2012)

Ausgehend davon verfügt auch der DNA über verschiedene Optionen. So können ein bipartites Affiliationsnetzwerk, ein statisches oder dynamisches Co-Occurrence-Netzwerk und eine Liste der Statements exportiert werden. Das Co-Occurrence-Netzwerk ist dabei sowohl Ausprägung eines Kongruenz- als auch Konfliktnetzwerks, während hingegen das Affiliationsnetzwerk als bipartiter Graph anzeigt, wie Akteure mit Konzepten durch Zustimmung oder Ablehnung verbunden sind. (Leifeld 2009, 397, 2012, 9–10)

## 5. Daten

Als Daten für die Analyse fungierten Zeitungsartikel der Kronen Zeitung, der Presse und des Standards, die Statements zum Freihandelsabkommen CETA enthielten. Die Arbeit beschränkt sich auf österreichische Zeitungen, da der Rahmen dieser Arbeit

sonst gesprengt worden wäre. Außerdem fiel die Wahl auf diese drei, da so auch Zeitungen der Bereiche Qualitäts- und Boulevardmedien abgedeckt sind.

In die Analyse miteinbezogen wurden alle Print-Artikel dieser Tageszeitungen vom 11. Februar 2014<sup>2</sup> bis 1. Juli 2017, wobei eine erste Schlagwortsuche in den Online-Archiven mehr als 1.900 Treffer ergab.

Aus dieser Sammlung wurden in einem nächsten Schritt all jene Texte aussortiert, die mehrfach vorkamen<sup>3</sup>, sich lediglich als Schlagzeilen oder Nachrichtenfeeds erwiesen oder keine Statements von Akteuren enthielten. In letzteren wurden vor allem Erklärungen, Informationen oder Entwicklungen zu CETA beschrieben oder das Schlagwort kam nur im Artikel vor, weil im Zuge der Berichterstattung zu TTIP auch auf das europäisch-kanadische Abkommen verwiesen wurde, was recht häufig der Fall war. Letztendlich blieben 644 Artikel übrig, aus denen 1.209 relevante Statements herausgefiltert wurden, wobei beinahe die Hälfte der Texte auf die Kronen Zeitung entfiel und jeweils circa ein Viertel auf Standard und Presse. Allerdings muss dazu angemerkt werden, dass die Berichterstattung in beiden letzteren dafür meist länger und komplexer ausfiel.

Anhand der Daten wurde ersichtlich, dass ein breiterer Diskurs mit unterschiedlichen Akteuren ab dem Jahr 2014 einsetzte und bis 2016 immer umfangreicher wurde. 2016 stellt sicherlich den Höhepunkt der Auseinandersetzung mit einem Großteil der Daten dar. Dies kann man auch gut im Netzwerk des Jahres 2016 (Abbildung 12) nachvollziehen, da es eine viel größere Dichte als die anderen Jahre aufweist. Grund dafür sind sicherlich der September und Oktober desselben Jahres, in denen Kanzler Kern eine SPÖ-Mitgliederbefragung durchführen ließ und Wallonien die Zustimmung des Rates blockierte.

Außerdem finden sich auch Unterschiede hinsichtlich der zitierten Akteure samt Statements. In der Presse kamen überdurchschnittlich häufig Kanzler Christian Kern, der vormalige Vizekanzler Reinhold Mitterlehner und VertreterInnen der Wirtschaft

---

<sup>2</sup> Zwar begannen die Verhandlungen bereits 2009, doch vor dem 11. Februar 2014 fanden sich nur zwei Artikel aus dem Jahr 2012, die Statements hinsichtlich CETA enthalten. Deshalb wurde als Anfangsdatum 2014 gewählt, als eine regelmäßige Berichterstattung einsetzte.

<sup>3</sup> Dies war aufgrund von diversen Bundesländer-Ausgaben oft der Fall.

sowie ÖkonomInnen zu Wort. Generell wird in der Presse CETA am wenigsten kritisch beleuchtet und insgesamt am positivsten geframed, was aufgrund ihrer wirtschaftsliberaleren Ausrichtung nicht überraschte. Im Standard wurden ebenfalls häufig Kern und Mitterlehner zitiert, daneben finden sich auch viele Statements europäischer und kanadischer Akteure, allen voran die Europäische Kommission und die kanadische Handelsministerin Chrystia Freeland, und in einigen Artikeln kommen auch Statements von NGOs vor. Des Weiteren konnten in den „Kommentaren der Anderen“ ExpertInnen und Akteure aller Art zu Wort kommen. Insgesamt findet im Standard eine differenzierte Betrachtung des Freihandelsabkommens statt, wobei die Berichterstattung hinsichtlich der Akteurszusammensetzung mehr Heterogenität als die Presse aufweist. In der Kronen Zeitung, die sich als globalisierungskritisch darstellt, sieht die Repräsentation der Akteure hingegen sehr anders aus. Dort werden vor allem Akteure zitiert, die CETA ablehnend gegenüberstehen, wie der Vorstandsvorsitzende der Handelskette Spar Gerhard Drexel, Greenpeace, Global 2000, EP-Mandatar Jörg Leichtfried von der SPÖ oder Herbert Thumpser, ein Initiator des Volksbegehrens gegen CETA, TTIP und TISA. Aber auch die Zivilgesellschaft und andere NGOs kamen in Österreichs auflagenstärkster Tageszeitung vermehrt zu Wort. Daneben wird auch Kanzler Kern oft zitiert. Generell fällt auf, dass der ganze Diskurs viel polarisierender und ablehnender geführt sowie mit Kritik an Akteuren, die CETA unterstützen, nicht gespart wurde. Weiters finden sich auch kaum Artikel, die eine individuelle Berichterstattung über CETA aufweisen, denn fast immer wurde zugleich auch auf TTIP verwiesen und kaum Differenzierung zwischen diesen beiden Freihandelsabkommen vorgenommen. (Quelle: Codebook)

Schon hier kann deshalb die These bestätigt werden, dass in der Kronen Zeitung CETA weit negativer geframed wurde als in Standard und Presse. Der Großteil aller Statements von CETA-kritischen NGOs sowie politischen Akteuren und Teilen der Zivilgesellschaft kamen dort vor. Im Vergleich zu Standard und Presse wird weitaus seltener auf Frames von CETA-BefürworterInnen verwiesen und außerdem ist sie auch die Tageszeitung, die die meisten Statements des *motivational framing* enthielt. KritikerInnen des Freihandelsabkommens werden darüber hinaus von den

RedakteurInnen in lobenswerter Weise erwähnt, indem sie protestierende Akteure als „mutig“, „unerschrocken“ oder auch „rebellisch“ beschreiben. (Quelle: Codebook)

## 6. Analyse

### 6.1. Frames im Diskurs um CETA

Die Codierung der Daten wurde nach den drei Codekategorien der Frame-Theorie, also *diagnostic*, *prognostic* und *motivational framing*, ausgerichtet, wobei 35 Codes herausgefiltert werden konnten.

Zunächst soll die Frage beantwortet werden, um welche Frames sich Koalitionen gebildet haben, sprich, welche Frames von den politischen Akteuren verwendet wurden. Dabei kann jetzt schon festgehalten werden, dass im österreichischen Diskurs zwar zwei sich gegenüberstehende Diskurskoalitionen vorhanden sind, diese sich aber nicht auf voneinander getrennte Frames beziehen. Vielmehr gibt es, entgegen der Empfehlung des Diskurskoalitionen-Ansatzes für erfolgreiche Koalitionen, viele Überlappungen bei den Frames. Deshalb kann die These, dass sich die ablehnenden und befürwortenden Akteure auf verschiedene Frames beziehen nicht bestätigt werden. Vielmehr findet man im Diskurs häufig die Situation, dass der gleiche Frame nur anders bewertet wird, sprich eine Seite stimmt diesem zu, während die andere ihn ablehnt. Jedoch muss auch gesagt werden, dass sich hinsichtlich ihrer Zusammensetzung durchaus Stabilität erkennen lässt, da die meisten Akteure über die Jahre hinweg die gleichen blieben und nur wenige in ihren Positionen schwankten. (Quelle: Codebook)

#### 6.1.1. Diagnostic Frames

In der folgenden Tabelle sind die Frames des *diagnostic framing* aufgelistet, die diagnostizierte Probleme im Zusammenhang mit CETA aufzeigen. Sie sind nach absteigender Häufigkeit sortiert. In der Spalte „Frame“ befinden sich die Codes, in der

Spalte „Beispiel“ ist jeweils eine mit diesem Code markierte Stelle angegeben und in der Spalte „n“ steht die Anzahl der Nennungen.<sup>4</sup>

<b>Frame</b>	<b>Beispiel</b>	<b>n</b>
Gefahr für Standards	Das US-Freihandelsabkommen TTIP und sein kanadisches Pendant CETA seien trojanische Pferde, mit denen Konzernlobbys die Umwelt-, Konsumenten- und Arbeitnehmerrechte in Europa angreifen	84
Kritik an ISDS	Künftige Schiedsgerichte können unsere nationalen Gesetze jederzeit aushebeln und räumen milliardenschweren Konzernen dieser Welt alle Rechte ein.	81
Demokratie/Souveränität	Wir sind also direkt betroffen. TTIP, TiSA und CETA stellen das Subsidiaritätsprinzip infrage, indem sie namentlich die Möglichkeit der lokalen Entscheidungsträger einschränken bzw. daran hindern, im Dienstleistungsbereich eine eigenständige Politik zu betreiben.	61
Vertragsmängel/Ausarbeitung	TTIP und auch CETA sind – so wie die Verträge jetzt vorliegen – nicht akzeptierbar.	38
Landwirtschaft/Umwelt	Die Lobby der großen Pestizidproduzenten sieht TTIP und CETA als Chance, unsere sauberen Äcker und Felder vergiften zu dürfen.	36
Freihandel/Globalisierung	Brüssel und die G7-Staaten geben auf diesem Gipfel vor, durch TTIP und CETA mehr Impulse für die Wirtschaft setzen zu wollen, sind aber in Wirklichkeit nur Handlanger der milliardenschweren Industriekonzerne dieser Welt.	29
Privatisierung	Mit TTIP und CETA wird es für immer unmöglich, öffentliche Dienstleistungen in Tirol auszuweiten. Der Privatisierungsdruck wird steigen. Gleichzeitig wird auch verhindert, die Privatisierungen zurückzunehmen.	28
Transparenz/Information	Die Verhandlungen zwischen der EU und den nordamerikanischen Staaten laufen hinter verschlossenen Türen. Es gibt überhaupt keine Transparenz.	26

<sup>4</sup> Dasselbe gilt auch für die Tabellen des prognostic und motivational framing.

Sachlichkeit/Populismus	Das ist genau das Problem daran, wie Debatten heute geführt werden: Alles wird derart emotionalisiert, dass eine nüchterne Abwägung kaum möglich ist. (Mitterlehner)	22
Imageschaden	Unsere Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel, überhaupt noch Handelsabkommen verhandeln zu können.	22
Hintertür	Sonst kommt TTIP schon weit früher über die CETA-Hintertür zu uns. Viele US-Konzerne haben Niederlassungen in Kanada.	18
Druck auf Branchen	Außerdem würden auch die Nahversorger vor Ort durch die Freihandelsabkommen geschwächt werden.	16
Nutzen nur für Konzern	Der US-Handelspakt, wie auch jener mit Kanada, dient allein den Interessen der multinationalen Konzerne.	15
Vermischung mit TTIP	Die Debatte ist sehr schwierig gewesen, da das Abkommen mit Kanada und jenes mit den USA in einen Topf geworfen wurden, und das ist falsch.	10

*Tabelle 1: Diagnostic Frames*

Anhand der Frames zeigt sich, dass diese sich Großteils auf die im Abschnitt über CETA bereits erwähnten Kritikpunkte beziehen und die zentralsten Codes jene darstellen, die von Anfang an von den CETA-GegnerInnen besetzt waren<sup>5</sup>. Da diese seit Beginn des Diskurses also eine große Rolle spielten, mussten sich die BefürworterInnen darauf beziehen und deren Argumente entkräften. So kam es dazu, dass von letzteren lediglich drei Diagnostic Frames relevant wurden, nämlich „Sachlichkeit/Populismus“, „Imageschaden“ und „Vermischung mit TTIP“. Allerdings können „Demokratie/Souveränität“ und „Transparenz/Information“ als gemischte Frames angesehen werden, da diese zwei Bereiche beiderseits kritisiert wurden.

#### 6.1.2. Prognostic Frames

Das *prognostic framing* der Frame-Theorie erfüllt in einem nächsten Schritt nun die Kernaufgabe der Problemlösung. Politische Akteure bieten Lösungsvorschläge für

<sup>5</sup> Dies wird im Abschnitt zeitliche Dimension noch sichtbarer.

die vorher diagnostizierten Probleme an. Bei der Analyse zu CETA waren im Diskurs folgende Frames relevant:

<b>Frame</b>	<b>Beispiel</b>	<b>n</b>
Kein CETA-Abschluss	Am besten wäre es, CETA einfach nicht zu unterzeichnen! Wir haben bisher schon ohne CETA und TTIP gut leben können und trotzdem ein sehr hohes Maß an Freihandel praktiziert.	144
Parlamente/gem. Abk.	Das ist das falsche Signal. Ohne Einbindung der nationalen Parlamente wird es keine Zustimmung der österreichischen Bundesregierung geben. Denn Österreich spricht sich klar dagegen aus, dass CETA zur ausschließlichen Zuständigkeit der Europäischen Union erklärt wird.	83
Nachverhandlung/Verbesserung	Wir müssen nachverhandeln: Private Schiedsgerichte haben in Abkommen zwischen entwickelten Rechtsräumen nichts zu suchen	59
Nutzen/Wachstum/Wohlstand	Wir beide sind überzeugt, dass Handels- und Investitionsbeziehungen mit dem Rest der Welt der sicherste Weg zu mehr Wohlstand für alle Bürger sind.	55
Zusatzerklärung	Es muss Klarstellungen über die Einhaltung europäischer Standards geben.	43
Klarheit/Transparenz/Offenheit	Wirtschaftsminister Mitterlehner muss rasch und eindeutig Position für die Interessen Österreichs beziehen! (Klarheit) Ich werde für unsere Bergbauern kämpfen und fordere deshalb von der Kommission volle Transparenz bei den Verhandlungen. (Transparenz) Ich wünsche mir eine sachliche Auseinandersetzung über die Vor- und Nachteile (Offenheit)	35
Kein ISDS	Das Allerwichtigste ist, dass die dubiosen Klagerechte für ausländische Konzerne mit den unseligen Schiedsgerichten rechtlich bindend aus dem Abkommen draußen bleiben.	34

Vorläufige Anwendung	Ob der Kanada-Gipfel diese Woche stattfindet oder nicht, ist nicht so wichtig“, sagt er, „entscheidend ist, dass CETA ab Anfang 2017 in Kraft tritt.	31
Veto	Unsere Regierung hat ein Vetorecht und muss das auch ausnutzen.	25
Bedingte Vorläufige Anwendung	Sollten seine Forderungen umgesetzt werden, sei ein Ja der SPÖ zum Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der EU möglich.	21
Volksbegehren	Bis Juli wollen wir die nötigen 8401 Unterstützungserklärungen beisammen haben, um dann so rasch als möglich ein Volksbegehren als Willenskundgebung der österreichischen Bevölkerung einleiten zu können.	20
CETA-Mitgliederbefragung	Mitglieder zu befragen ist immer gut. Die Fragestellung ist wichtig, Kriterien müssen eingehalten werden, und man bekommt eine Orientierungshilfe, was die SPÖ-Basis im Sinn hat.	18
Einsatz Politiker	Faymann muss die Bedenken der Österreicher zu TTIP und CETA in Brüssel beherzt vertreten.	17
Reformen/Systemänderung	Schon im Frühstadium soll künftig genau getrennt werden, was bei solchen Verträgen in die Kompetenz der Mitgliedstaaten fällt und was in die Kompetenzen der EU. Danach sollen beide Teile separat verhandelt und demokratisch legitimiert werden.	17
Opt-Outs	Der Lebensmittelbereich muss aus den Verhandlungen über die Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada herausgenommen werden.	17
Produktschutz/Qualität	Die EU muss sich bei den geschützten Ursprungsbezeichnungen durchsetzen, sagt sie. Es dürfe nicht sein, dass die USA Tiroler Speck oder holländischen Gouda nach Europa exportiere: Die Europäer müssen weiter darauf vertrauen können: Was draufsteht, muss dann auch drinnen sein.	16

Investitionsgerichtshof	Wir sind uns überdies einig, dass langfristig die Schaffung eines echten internationalen Investitionsgerichts angestrebt werden sollte, wie die Weltgemeinschaft sie schon in anderen Bereichen eingerichtet hat.	12
-------------------------	---	----

*Tabelle 2: Prognostic Frames*

Wie man erkennen kann, ist der in allen Codekategorien mit Abstand am häufigsten geäußerte Frame „Kein CETA-Abschluss“. Mit 144 Nennungen macht er 11,91% aller 1.209 Statements aus.

Basierend auf diesem Frame können nun nach dem Diskurskoalitionen-Ansatz einerseits eine einen CETA-Abschluss befürwortende und andererseits eine diesen ablehnende Diskurskoalition identifiziert werden. Deshalb kann auch die diesbezügliche These, dass sich im Diskurs zwei gegenüberstehende Koalitionen herausbilden, grundsätzlich bestätigt werden. Letztere umfasst VertreterInnen der Grünen, der FPÖ, des ehemaligen Teams Stronachs und der SPÖ. Daneben gehören ihr aber auch viele globalisierungskritische oder Umweltschutz-NGOs an, also Greenpeace, Global 2000, Attac, Foodwatch sowie Youunion, um nur die wichtigsten zu nennen. Weiters können auch noch Teile der Zivilgesellschaft dazugerechnet werden, die sich gegen CETA aussprechen sowie DemonstrantInnen.<sup>6</sup>

Auf der anderen Seite positioniert sich eine in ihrem Umfang kleinere Diskurskoalition, die für den Abschluss von CETA eintritt und vor allem aus europäischen, kanadischen und nationalen politischen Akteuren besteht. Hier ist zuallererst die Europäische Kommission mit all ihren Mitgliedern zu nennen, die sich geschlossen für CETA aussprach. Daneben gehören aber auch der inzwischen ehemalige Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, viele Funktionäre der ÖVP, die Wirtschaftskammer, RepräsentantInnen der Wirtschaft und UnternehmerInnen sowie der damalige deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel von der SPD und VertreterInnen Kanadas,

---

<sup>6</sup> In der folgenden Analyse finden sich die Organisationen „NGOs“ und „CETA-Gegner“. Diese wurden als Sammelbegriffe benutzt, um eine zu große Zersplitterung zu vermeiden und zwar einerseits für CETA-kritische NGOs, von denen nur wenige Statements vorhanden sind, und für Statements von CETA-Gegnern, bei denen die Berichterstattung zu ungenau war, um sie zweifelsfrei zuzuordnen.

allen voran Justin Trudeau und die kanadische Handelsministerin Chrystia Freeland, dazu. Auch wenn sie im Laufe des Diskurses durchaus selbst Probleme benennen und Lösungsvorschläge dafür vorbringen, treten sie doch konsequent für den Abschluss von CETA ein.

„Kein CETA-Abschluss“ kann deshalb als Masterframe für beide Seiten betrachtet werden, der den ganzen Diskurs hindurch zentrale Bedeutung besitzt, von den meisten Akteuren des Diskurses auch gebraucht wird und einen gemeinsamen ideologischen Nenner für beide darstellt. Durch diesen Frame, wird nämlich eine Brücke zwischen Akteuren der jeweiligen Diskurskoalitionen geschlagen, die sich so auf eine grundsätzliche Position festlegen können, die sie, trotz Unterschieden bei der Identifizierung von Problemen und Lösungsvorschlägen, beibehalten. So schafft es der Masterframe, auch eine etwas heterogene Akteurszusammensetzung unter sich zu vereinen. Die Abbildungen 1 und 2 zeigen die Positionierung der Organisationen und Akteure hinsichtlich dieses Frames.

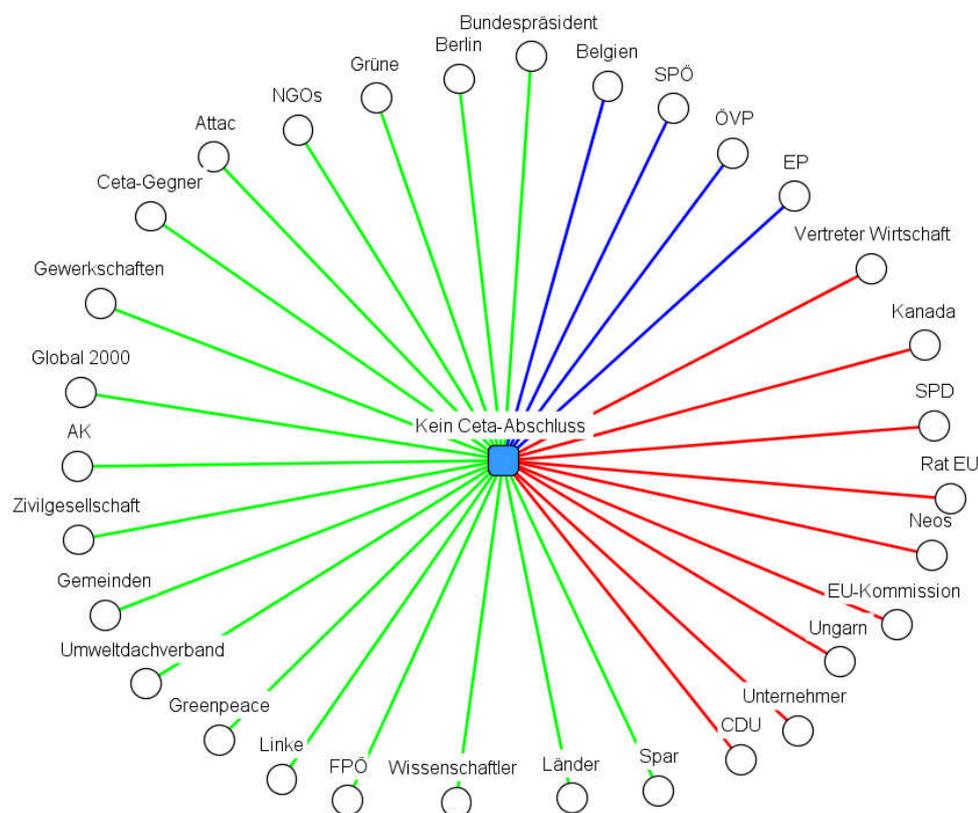


Abbildung 1: Frame "Kein CETA-Abschluss" Organisationen

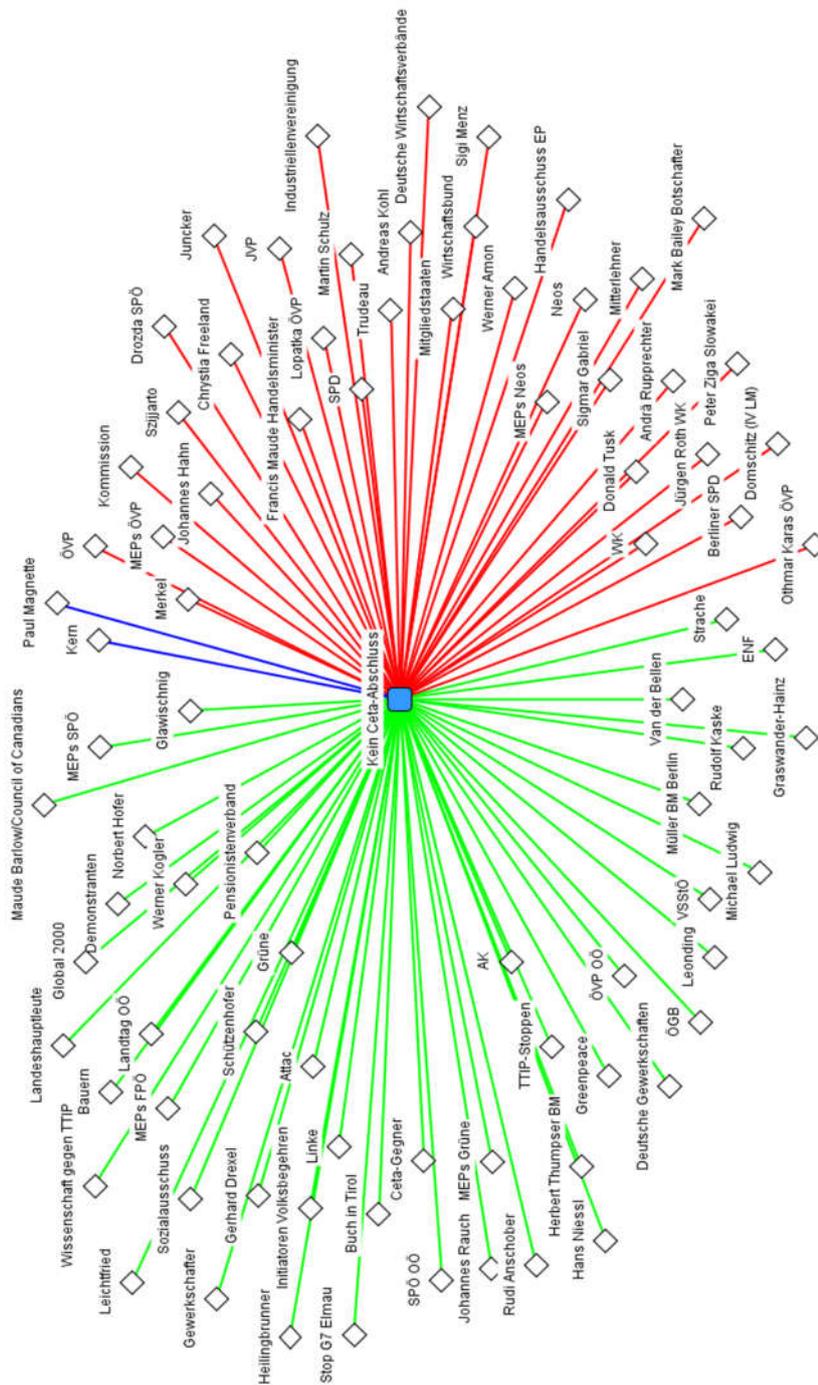


Abbildung 2: Frame "Kein CETA-Abschluss" Akteure

Dabei stellt sich heraus, dass einige wenige Akteure kein stringentes Verhalten an den Tag legen und in ihrer Position schwanken (dargestellt als blaue Linien). Als prominentestes Beispiel ist hier Kanzler Christian Kern zu nennen. Lange Zeit lehnte er den Abschluss von CETA ab, hielt es für nicht zustimmungsreif, nur um dann, nach Abgabe einer Zusatzklärung der EU und Kanadas, die als Interpretationshilfe dienen

soll, und dem Verweis auf das Ansehen Österreichs doch zuzustimmen. Dazu kommt noch Paul Magnette, Ministerpräsident der belgischen Region Wallonien. Diese Region blockierte im Oktober 2016 die Zustimmung der Staats- und Regierungschefs zu CETA, erteilte diese letztendlich aber doch. Bei den Organisationen werden noch die ÖVP und das Europäische Parlament hier dazugerechnet, was sich dadurch erklären lässt, dass in einigen Bundesländer ÖVP-Akteure gegen CETA eintreten und in den jeweiligen Fraktionen des Europäischen Parlaments differenzierte Meinungen vorherrschen.

Im Diskurs des *prognostic framing* spielen daneben vor allem noch die Frames „Parlamente/gemischtes Abkommen“, „Nachverhandlungen/Verbesserung“, „Nutzen/Wachstum/Wohlstand“ und „Zusatzklärung“ eine wichtige Rolle, also sowohl Frames der GegnerInnen als auch BefürworterInnen. Die Feststellung der Dominanz einer Koalition ist unter dieser Codekategorie nicht so eindeutig festzustellen, was in der Diskursnetzwerkanalyse noch genauer erläutert wird. Der Grund dafür liegt vor allem darin, dass sich beide Seiten auf Problemlösungsvorschläge der jeweils anderen beziehen und hier einige Frames als gemischt angesehen werden können. Vor allem die Einbeziehung der Parlamente und mehr Transparenz, Klarheit und Offenheit waren auch den österreichischen CETA-UnterstützerInnen ein Anliegen.

### 6.1.3. Motivational Framing

Das *motivational framing* macht den kleinsten Anteil an den gesamten Frames sowie Statements aus und kommt, außer bei den „Partizipatorischen Instrumenten“, fast ausschließlich in der Kronen Zeitung vor. Wie bereits oben beschrieben dient es den Akteuren dazu, ihre Mitglieder und UnterstützerInnen zu mobilisieren. Benford und Snow (2000) bezeichnen es als „Call to Arms“, also einen Appell an andere Akteure, aber auch die Zivilgesellschaft, jetzt aufzustehen und zu handeln, um Veränderungen herbeizuführen.

<b>Frame</b>	<b>Beispiel</b>	<b>n</b>
Partizipatorische Instrumente	Denn die nun schon fast 600.000 Unterschriften unserer Petition drängen die EU in Sachen Freihandelsabkommen offenbar zusehends in die Defensive!	29

Call to the Arms	Nicht warten, sondern handeln lautet die Devise!	25
Demonstrationen	Die Demonstrationen in halb Europa gegen CETA sind besonders wichtig, weil in den ersten EU-Mitgliedsstaaten in den folgenden Wochen über eine vorläufige Anwendung vor den Parlamentsbeschlüssen entschieden wird	12
Widerstand beibehalten	Unser Widerstand ist ungebrochen! Und wir lassen uns von der Ablehnung der diversen Freihandelsabkommen keinen Millimeter abbringen!	10

*Tabelle 3: Motivational Frames*

Da das *motivational framing* den größten Abstraktionsgrad aufweist, sollen die Frames hier kurz erklärend beschrieben werden. Als populärste Mobilisierungsstrategie erwiesen sich „Partizipatorische Instrumente“, sei es durch Bürgerinitiativen, Petitionen, Resolutionen bis hin zu Aufrufen, Leserbriefe zu verfassen. Dadurch verhofften sich die CETA-kritischen Akteure, eine breite GegnerInnen-Front anzusprechen, die durch die Mitwirkung an diesen Maßnahmen auch sichtbar werden und in den Teilen der Bevölkerung die Hoffnung nähren sollten, dass dadurch ein Inkrafttreten des Abkommens tatsächlich abgewendet werden könnte.

Als damit einhergehend kann auch der am zweithäufigsten genannte Frame des *motivational framing*, nämlich der „Call to Arms“, genannt werden. Wie bereits erwähnt dient er als Appell, jetzt aufzustehen, zu handeln und Initiative zu ergreifen. Diese Calls wurden dazu verwendet, um Menschen an der Teilnahme zu den propagierten partizipatorischen Instrumenten oder Demonstrationen zu bewegen.

Hinsichtlich des Volksbegehrens gegen CETA, TTIP und TISA schien diese Strategie auch aufzugehen, da über 500.000 Menschen ihre Unterschrift dafür abgaben und es Platz 11 der erfolgreichsten Volksbegehren erreichen konnte. (Die Presse, 2017)

Daneben nutzten einige Akteure auch noch Demonstrationen als Mobilisierungsstrategie, womit sie sich durch rege Teilnahme die Erzeugung von mehr Druck auf die Verantwortlichen verhofften. Obwohl diese in Österreich um ein Vielfaches kleiner als in Deutschland ausfielen, schafften die CETA-GegnerInnen es

trotzdem, in allen Landeshauptstädten einige Tausend Menschen auf die Straße zu locken.

Der Frame „Widerstand beibehalten“ spielt schließlich auf den zuweilen moralisch-appellierenden Charakter des *motivational framing* an. Hier versuchen CETA-KritikerInnen, an die Ausdauer der protestierenden Akteure zu appellieren und ihnen den Triumph in Aussicht zu stellen, wenn sie weiter Widerstand üben.

## 6.2. Diskursnetzwerkanalyse

Da nun die Frames des Diskurses erläutert wurden, sollen diese Erkenntnisse nun auch in Diskursnetzwerke Eingang finden. Zunächst muss festgehalten werden, dass aufgrund des großen Umfangs des Diskurses auch die Visualisierung der Netzwerke nach den drei Codekategorien erfolgt. Eine Analyse und Interpretation des gesamten Netzwerkes ist aufgrund fehlender Übersichtlichkeit nicht möglich, wie auf Abbildung 3 zu erkennen ist.

Außerdem werden im Folgenden die Organisationen, unter welchen die einzelnen Akteure subsumiert wurden, als Analysekategorie fungieren, um eine noch deutlichere Visualisierungen zu garantieren. Denn nicht selten wird ein Akteur nur ein- oder zweimal zitiert, gehört aber einer Partei, ExpertInnengruppe oder NGO an.

Begonnen wird mit der Darstellung der Affiliationsnetzwerke, welche einen bipartiten Graphen darstellen. Darüber hinaus ist daraus auch noch ersichtlich, welche Akteure und Frames zentral darin sind.

Danach folgen Kongruenz- und Konfliktnetzwerke, Arten des Co-Occurrence-Netzwerks, bei denen Kanten zwischen Akteuren entstehen, wenn ein Akteur ein Konzept, sprich einen Frame, ablehnt, während der andere diesem zustimmt beziehungsweise zwei Akteure einen Frame unterschiedlich bewerten. Letzteres erweist sich hier als nützlich, da so trotz der Verwendung gleicher Frames dennoch Koalitionen herausgefiltert werden können.



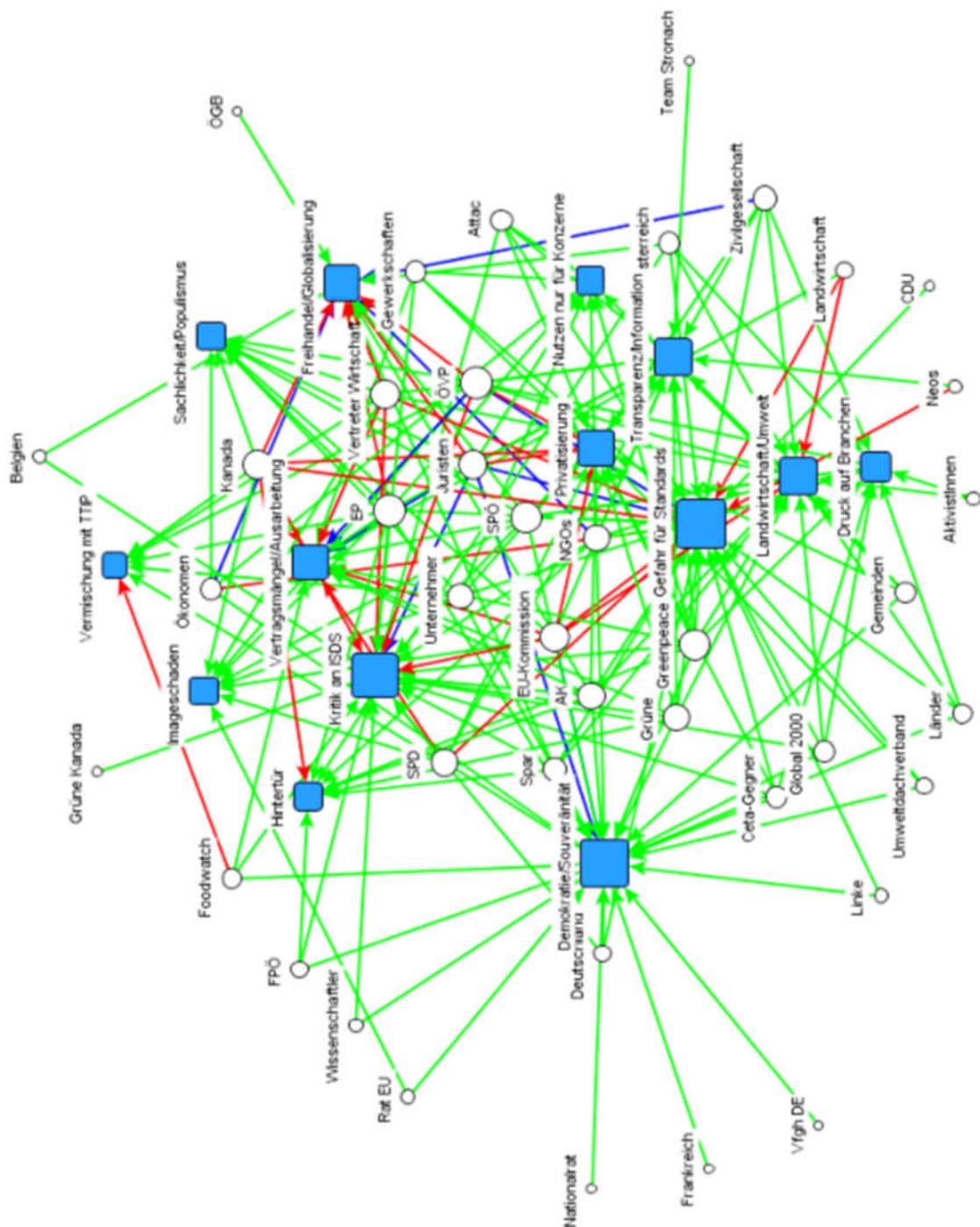


Abbildung 4: Affiliationsnetzwerk diagnostic framing

Die blauen Rechtecke stellen in dieser Art von Netzwerken die Konzepte, also Frames, dar, während die Kreise für die Organisationen, denen Akteure zugerechnet wurden, stehen. Grüne Linien bedeuten Zustimmung, rote Linien Ablehnung eines Frames, die

blauen zeigen Widersprüchlichkeiten innerhalb einer Organisation an.<sup>7</sup> Anhand der Größe der Rechtecke und Kreise kann man erkennen, welche Frames und Organisationen im Netzwerk die wichtigsten sind. Dabei spielt der Zentralitätsgrad eine Rolle, der anhand von Indegree und Outdegree gemessen wird. Den Indegree, sprich Eingangsgrad, spiegelt die Anzahl der Nennungen eines Frames wider, während der Outdegree, auch Ausgangsgrad, aufzeigt, auf wie viele geäußerte Statements ein Akteur zurückgreifen kann. (Herweg 2013, 11)

Die zentralsten Frames des *diagnostic framing* sind also „Gefahr für Standards“, „Kritik an ISDS“ und „Demokratie/Souveränität“, die jeweils einen Indegree von über 80, beziehungsweise bei letzterem über 60, aufweisen<sup>8</sup>. Hinsichtlich der Organisationen hat die SPÖ den größten Outdegree; dieser liegt bei 59. Dies folgt sicherlich aus der großen Anzahl an Statements, die von Kanzler Christian Kern ausgegangen sind. Dahinter folgen Greenpeace (Outdegree von 36), die Grünen (Outdegree von 32) und die ÖVP (Outdegree von 28).

Daran sieht man, dass die befürwortende Diskurskoalition hier eine untergeordnetere Rolle spielt. Denn nur die Frames „Sachlichkeit/Populismus“, „Imageschaden“ und „Vermischung mit TTIP“ verweist auf Probleme, die die BefürworterInnen in Hinblick auf die Argumente der GegnerInnen vorbringen. Diese stehen zahlenmäßig weit hinter den zentralsten Frames des Netzwerkes, was auch für die Ausgangsgrade der unterstützenden Akteure, verglichen mit jenen der anderen Koalition, gilt. Deshalb sind sie in einer eher defensiven Situation und müssen die Kritik am Freihandelsabkommen entkräften oder es rechtfertigen. Dies ist anhand der roten Linien zu erkennen, die eine Ablehnung dieser Konzepte anzeigen und von VertreterInnen der Wirtschaft, JuristInnen, der ÖVP, der Kommission, der Landwirtschaft oder den Neos ausgehen.

Beim Affiliationsnetzwerk des *prognostic framing* ist die Situation hinsichtlich einer dominanten Diskurskoalition nicht mehr so eindeutig wie zuvor. Hier besetzen auch die BefürworterInnen Frames, die von der gegnerischen Diskurskoalition verneint

---

<sup>7</sup> Dasselbe gilt für alle folgenden Affiliationsnetzwerke.

<sup>8</sup> Die Indegrees der restlichen Frames können in den Tabellen der *core framing tasks* abgelesen werden.



eindeutig auf Platz 1 mit einem Outdegree von 95, was wieder vorrangig auf Kanzler Kern zurückzuführen sein wird. Danach folgen weit abgeschlagen Greenpeace (Outdegree von 42) und die ÖVP (Outdegree von 38).

Außerdem wird hier sowohl von BefürworterInnen als auch GegnerInnen auf gleiche Frames verwiesen, wenn sie diese auch unterschiedlich bewerten. Lediglich „Klarheit/Transparenz/Offenheit“, „Opt-Outs“ und „Parlamente/gemischtes Abkommen“ bejahen beinahe alle Akteure.

Da viele CETA-GegnerInnen ja einen Abschluss des Freihandelsabkommens überhaupt ablehnen, stimmen sie so auch dem Frame „Investitionsgerichtshof“, „Vorläufige Anwendung“ oder der „Zusatzklärung“, die sie als unnütz abtun, nicht zu und verorten im Abkommen auch vermehrt keine Chance auf „Nutzen/Wachstum/Wohlstand“, die ein solches Abkommen bringen soll. Hingegen sehen sie „Parlamente/gemischtes Abkommen“, „Veto“, „Volksbegehren“ sowie „Einsatz von PolitikerInnen“ als Chance, um das Inkrafttreten CETAs noch zu verhindern. Außerdem propagieren sie auch „Opt-Outs“, mit denen die vorläufige Anwendung wieder zurückgenommen werden könnte, „Nachverhandlungen/Verbesserungen“, um die kritischsten Passagen noch einmal zu ändern, und „Kein ISDS“, also ein Abkommen ohne die umstrittenen Investorenschutzklauseln, die seit Beginn in der Kritik standen. Auf der anderen Seite sehen auch viele grundsätzliche BefürworterInnen des Abkommens noch Verbesserungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel eine „Bedingte Vorläufige Anwendung“, also eine vorläufige Anwendung mit gewissen Einschränkungen, oder „Produktschutz/Qualität“, wodurch ausreichende Mechanismen zur Qualitätssicherung europäischer Produkte verankert werden sollen. Daneben sprechen sich einige auch noch für die Notwendigkeit von „Klarheit/Transparenz/Offenheit“ sowie „Reformen/Systemänderung“ für künftige Freihandelsabkommen aus und können durchaus Möglichkeiten für „Nutzen/Wachstum/Wohlstand“ ausmachen. Sie lehnen „Volksbegehren“, „CETA-Mitgliederbefragung“ und „Nachverhandlungen/Verbesserungen“ ab und betrachten CETA als „gutes Abkommen“.

Am eindeutigsten ist die Lage schließlich beim *motivational framing*, welches fast ausschließlich von der CETA ablehnenden Koalition verwendet wird. Nur die Europäische Kommission spricht sich gegen eine Mobilisierungsstrategie aus und die SPÖ weist eine widersprüchliche Argumentation hinsichtlich „Partizipatorischer Instrumente“ auf, während sie „Widerstand beibehalten“ und „Call to Arms“ zustimmt. Davon abgesehen greifen die BefürworterInnen auf gar keine Motivationsbestrebungen zurück. Das liegt möglicherweise daran, dass sie weniger Anlass für Mobilisierung gegeben sehen, da für den Abschluss keine Mobilisierung notwendig ist, oder sie verzichten darauf, weil sie um die negative Haltung der Bevölkerung hinsichtlich Freihandelsabkommen wissen und eine Mobilisierung für CETA nicht erfolgsversprechend erscheint.

Hierbei weist der Frame „Partizipatorische Instrumente“ den größten Indegree mit 29 auf, dem der Frame „Call to the Arms“ mit 25 Nennungen folgt. Außerdem verfügt die SPÖ über den höchsten Outdegree, dieser liegt bei neun. Ihr folgen die Grünen und Spar mit jeweils sieben Statements

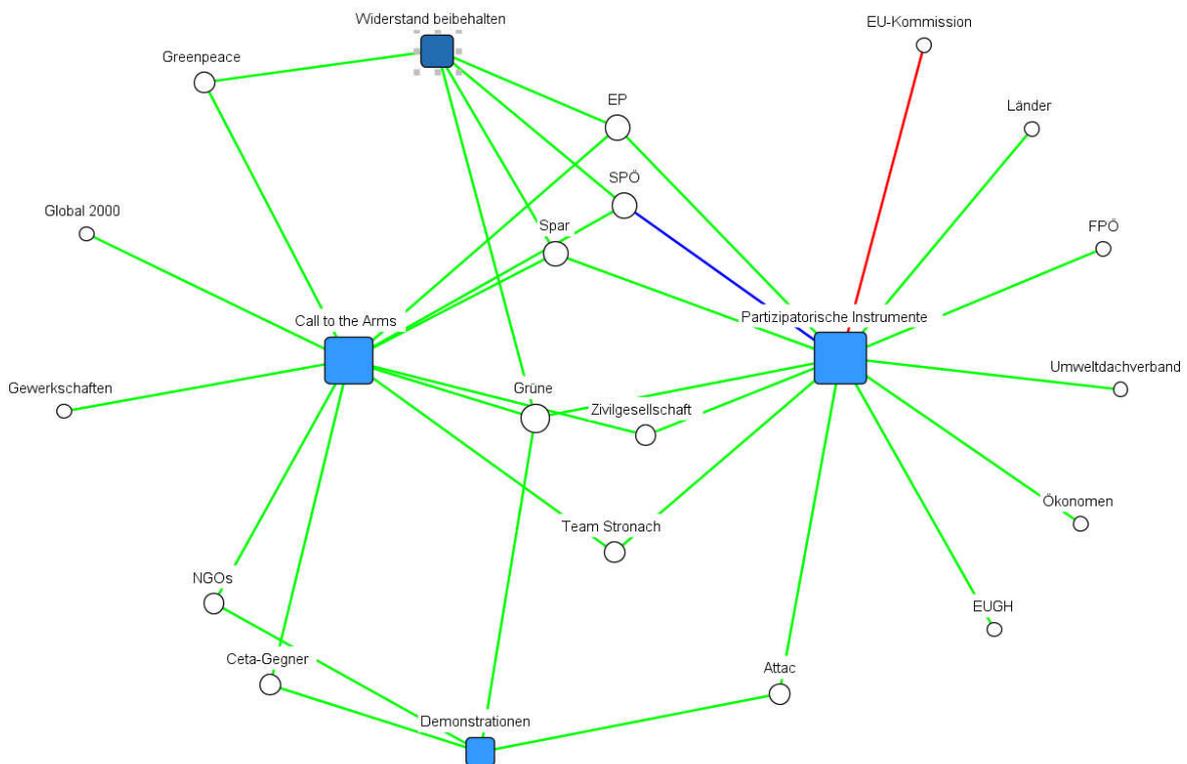


Abbildung 6: Affiliationsnetzwerk Motivational Framing

Nach Betrachtung der Affiliationsnetzwerke können nun die Argumentationsmuster der Diskurskoalitionen zu *story lines*, oder auch Narrativen, verdichtet werden.

Gut nachzeichnen kann man diese bei den CETA-kritischen Akteuren. Sie beginnen im *diagnostic framing* mit der Kritik an den umstrittenen Investorenschutzklauseln, die Konzernen Klagerechte einräumen und auch die Demokratie und Souveränität der Mitgliedstaaten aufgrund weitreichender Befugnisse gefährden. Daneben sehen sie auch Gefahren für hohe europäische Standards, unsere Umwelt und Landwirtschaft sowie Privatisierungsdruck gegeben. Deshalb ist CETA, gleich wie Freihandel oder Globalisierung im Allgemeinen schlecht und nutzt nur großen Konzernen. Als Konsequenz muss deshalb, hervorgebracht im *prognostic framing*, ein Abschluss von CETA unterlassen werden. Sollte dies nicht erreicht werden, müssen wenigstens das ISDS sowie die vorläufige Anwendung verhindert und Nachverhandlungen, Opt-Outs, ein Veto oder Volksbegehren angestrengt werden, sprich alles, was das Inkrafttreten von CETA noch verhindern könnte. Begleitet wird diese Erzählweise durch die verschiedenen Mobilisierungsstrategien des *motivational framing*. Diese *story line* war durchaus erfolgreich, betrachtet man die Entwicklung der öffentlichen Meinung zu CETA, die im September 2016, also am Höhepunkt der Berichterstattung, das Abkommen zu 73% ablehnte. Das bedeutet, dass die CETA-kritische Koalition ihre Interpretationsweise gut in die Öffentlichkeit tragen konnte und sich dort durchsetzte. (Österreichische Gesellschaft für Europapolitik 2016)

Die befürwortende CETA-Koalition zeichnet hingegen ein anderes Bild. Sie sieht Freihandel und Globalisierung als etwas Wünschenswertes und sieht die Probleme in einem anderen Bereich, nämlich in der Argumentationsweise der KritikerInnen. Dieser fehlt ihrer Meinung nach die Sachlichkeit, es kommt zu einer undifferenzierten Vermischung mit TTIP und wird von der gegnerischen Koalition als populistisches Instrument genutzt, um deren Zustimmung und Beliebtheit zu vergrößern. Das schadet in den Augen der UnterstützerInnen sowohl dem Image der Europäischen Union als auch Österreichs, wenn sie auch selbst Verbesserungen im Bereich der Demokratie und Souveränität sehen. CETA soll deshalb abgeschlossen und auch vorläufig angewendet werden, damit es Nutzen, Wachstum und Wohlstand bringen kann. Daneben verweist

diese Koalition aber wie bereits erwähnt selbst auch noch auf verschiedenste Lösungsvorschläge, sodass sich vor allem im Bereich des prognostic framing keine klare *story line* herauskristallisiert.

Hier kann deshalb auch die Hypothese dahingehend bestätigt werden, dass starke *story lines* auch auf Akteure außerhalb der eigenen Diskurskoalition Einfluss nehmen, indem diese sich auf den Narrativ der dominanten Koalition beziehen und eigene Positionen rechtfertigen müssen. Deshalb gelang es der CETA unterstützenden Koalition auch nicht gut, eigene Frames in den Diskurs einzubauen.

#### 6.2.2. Akteur-Kongruenznetzwerk

Das Akteur-Kongruenznetzwerk, welches hier den gesamten Diskurs umfasst, erstellt Kanten, wenn zwei Akteure einen Frame in gleicher Weise verwenden. Das Kantengewicht nimmt dabei zu, je mehr Frames diese teilen. (Schneider et al. 2009, 394) So kann man hier im Zentrum des Netzwerks zwischen den jeweiligen Akteuren einer Koalition hohe Kantengewichte nachweisen, wobei die CETA-UnterstützerInnen auf der linken Seite des Netzwerks zu verorten sind, nämlich die Europäische Kommission, die ÖVP, UnternehmerInnen, VertreterInnen der Wirtschaft, die SPD, ÖkonomInnen, die Neos und Kanada. Hingegen findet man die kritische Koalition in der Mitte und auf der rechten Seite, die über die Zivilgesellschaft, die SPÖ, Grünen und Greenpeace zu den CETA-GegnerInnen, Gemeinden und Spar führt, während das Europäische Parlament und die SPÖ nach beiden Seiten hohe Kantengewichte aufweisen, was auf Widersprüchlichkeiten in der innerorganisatorischen Argumentationsweise hinweist.

Allerdings verfügt der DNA über eine Exportfunktion, die die beiden Diskurskoalitionen in diesem Fall noch besser veranschaulichen kann, nämlich das Konfliktnetzwerk.



### 6.2.3. Konfliktnetzwerke

Das Konfliktnetzwerk ist ebenfalls ein Co-Occurrence-Netzwerk und zeigt Verbindungen zwischen zwei Akteuren an, wenn sie hinsichtlich eines Konzepts eine widersprüchliche Bewertung vornehmen. Das bedeutet, dass eine Kante zwischen zwei Akteuren entsteht, wenn einer einem Frame zustimmt während der andere diesen ablehnt. (Schneider et al. 2009, 394) Da im Diskurs rund um CETA häufig auf dieselben Frames Bezug genommen wurde und nur hinsichtlich der Zustimmung oder Ablehnung desselben Unterschiede bestanden, eignet sich diese Form der Netzwerke hier besonders gut zur Visualisierung.

Im Zentrum des *diagnostic-framing*-Netzwerks kann man gut jene Organisationen erkennen, die für CETA eintreten, nämlich wieder die Europäische Kommission, VertreterInnen der Wirtschaft, Kanada, die ÖVP, ÖkonomInnen, JuristInnen, die Neos und die SPD. Diese sind umgeben von Akteuren, die CETA kritisch bis ablehnend gegenüberstehen. So findet man vor allem zwischen der ersten Gruppe und besonders rührigen CETA-GegnerInnen wie Greenpeace, Grünen, Gewerkschaften, AK, Spar, SPÖ, diversen NGOs, CETA-GegnerInnen und Foodwatch hohe Kantengewichte, die anzeigen, dass hier häufig widersprochen wurde, während die Organisationen der jeweiligen Koalition untereinander nur geringe Kantengewichte bis gar keine Kanten aufweisen.

Auch beim *prognostic framing* findet man wieder dieses Muster. Während viele Akteure, die der CETA-kritischen Koalition zugerechnet werden können gar nicht oder nur durch ein geringes Kantengewicht verbunden sind, sieht dies in Bezug auf die andere Seite anders aus. Wieder gruppieren letztere sich in der Mitte des Netzwerks, also die ÖVP, Kanada, die Europäische Kommission, die SPD und JuristInnen. Zu diesen zentral gelegenen Akteuren führen wieder Kanten mit hohem Gewicht von Seiten der gegnerischen Koalition. Auch hier widersprechen wieder vorrangig Grüne, Greenpeace, die SPÖ, Gewerkschaften, Global 2000, Foodwatch, diverse NGOs und CETA-GegnerInnen am stärksten den Frames der BefürworterInnen.

Außerdem findet man das Europäische Parlament erneut in der Mitte des Netzwerks, welches, wie beim Akteur-Kongruenznetzwerk, sowohl hohe Kantengewichte zu

KritikerInnen als auch UnterstützerInnen aufweist und die pluralistische Zusammensetzung nachzeichnet.

Hinsichtlich des *motivational framing* lohnt sich eine Darstellung eines Konfliktnetzwerkes nicht, da nur die Europäische Kommission einem diesbezüglichen Frame ablehnend gegenübersteht und sonst nur CETA-kritische Organisationen Mobilisierungsstrategien verwenden.







Zuallererst lässt sich feststellen, dass die zentralsten Akteure, die schon in den oben beschriebenen Netzwerken genannt wurden, über die Jahre hinweg die gleichen geblieben sind, wenn von 2014 bis 2016 auch einige andere hinzugekommen sind.

Anhand des Netzwerks aus dem Jahr 2014 kann man herauslesen, dass damals schon der Frame „Kritik an ISDS“ zentral war. Daneben hatten es auch schon die Frames „Gefahr für Standards“, „Parlamente/gemischtes Abkommen“, „Transparenz/Information“, „Kein ISDS“ und „Kein CETA-Abschluss“ in den Diskurs geschafft. Diese Frames decken auch jene Bereiche ab, in denen später die bereits im CETA-Abschnitt beschriebenen Erfolge der CETA-KritikerInnen verbucht werden konnten.

Außerdem zeigt das Netzwerk, dass am Beginn der Berichterstattung die ablehnende Diskurskoalition den Diskurs dominierte. Die Statements der UnterstützerInnen dienten fast ausschließlich dazu, den Vorwürfen und diagnostizierten Problemen der anderen zu widersprechen.

Ein ähnliches Bild zeichnet auch das Netzwerk aus dem Jahr 2015. Auch hier spielten die Frames „Gefahr für Standards“, „Kein ISDS“ und „Kein CETA-Abschluss“ eine große Rolle. Daneben bekommen „Privatisierung“ sowie „Landwirtschaft/Umwelt“ im *diagnostic framing*, „Nachverhandlungen/Verbesserung“, „Klarheit/Transparenz /Offenheit“ und „Vorläufige Anwendung“ im *prognostic framing* eine Bedeutung.

Tatsächlich führte die anhaltende Kritik an CETA dazu, dass die Europäische Kommission und Kanada den eigentlich fertig ausverhandelten Pakt noch einmal aufschnürten und Nachverhandlungen begannen. Diese führten dazu, dass sich beide Seiten im Februar 2016 auf die Errichtung eines Investitionsgerichtshofes einigen konnten, der die KritikerInnen besänftigen sollte. (Mühlauer, 1. März 2016)

2016 weist nun ein besonders dichtes Netzwerk auf, was aufgrund der extensiven Berichterstattung in diesem Jahr eine logische Konsequenz darstellt. Der Frame „Kein CETA-Abschluss“ gewinnt hier wieder an Bedeutung, was vor allem daran liegt, dass die KritikerInnen auch mit den bereits erreichten Änderungen noch nicht zufrieden waren. Daneben nimmt auch die Zentralität von „Demokratie/Souveränität“ zu. Dies hängt damit zusammen, dass immer mehr Akteure mit der Vorgangsweise der EU nicht



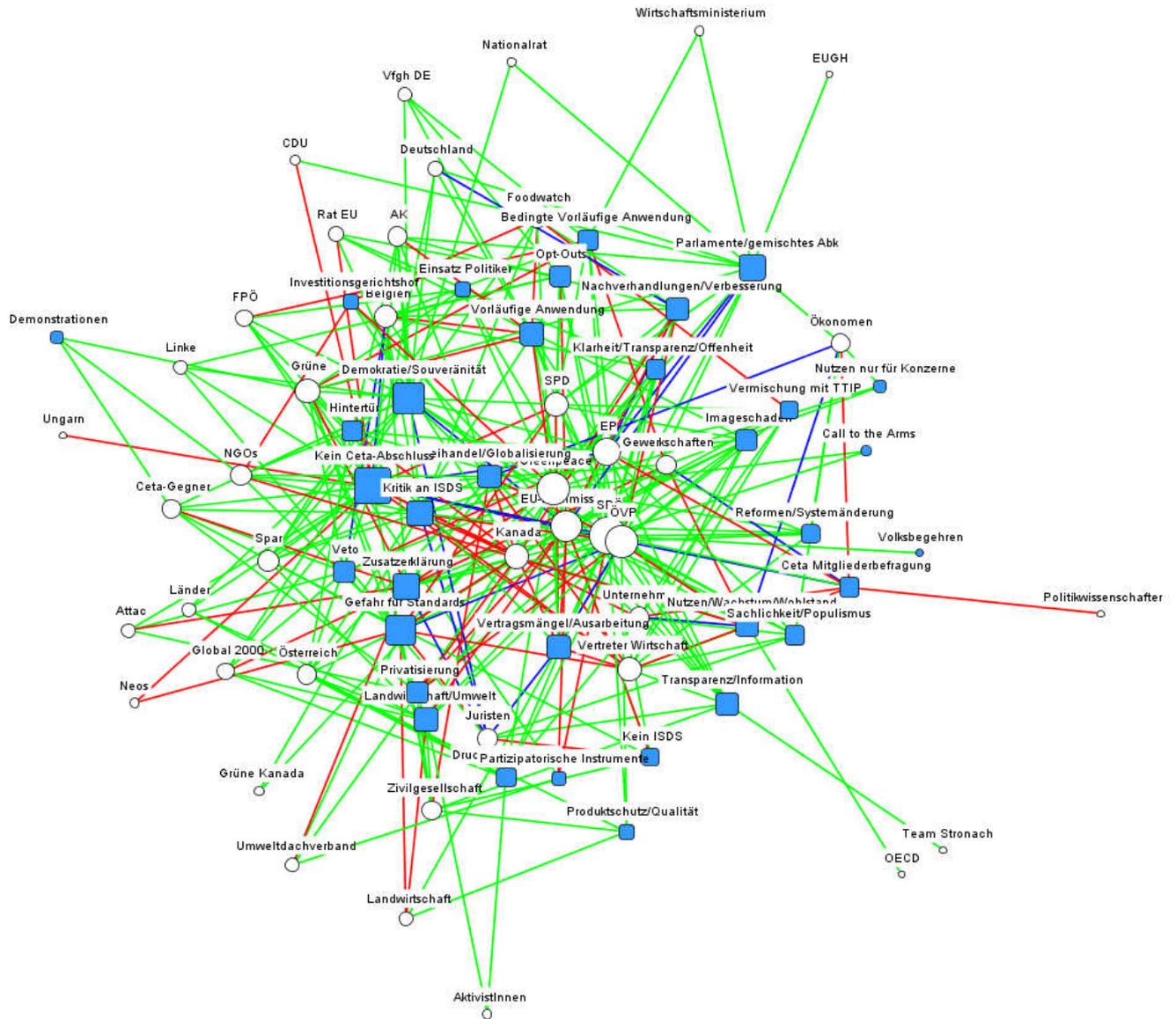


Abbildung 12: Affiliationsnetzwerk 2016 gesamt

So nahm 2017 auch die Bezugnahme auf den Frame „Demokratie/Souveränität“ wieder ab. Stattdessen rückte „Gefahr für Standards“ in den Fokus des Diskurses, begleitet von „Landwirtschaft/Umwelt“. Hier sehen viele Akteure immer noch nicht ausreichend Mechanismen gegeben, um europäische Standards in den Bereichen Konsumenten- sowie Arbeitnehmerschutz, Lebensmittel oder Umwelt zu bewahren. Die Europäische Kommission erreichte zwar, dass einige geschützte Ursprungsbezeichnungen auch in Kanada aufrecht bleiben und gewisse Bereich nicht liberalisiert werden müssen, allerdings ist das für die CETA-GegnerInnen bei weitem nicht ausreichend. Deshalb spielt auch „Kein CETA-Abschluss“ eine beständige Rolle im Diskurs. Dieser wird

unterstützt von „Volksbegehren“ und „Call to Arms“, durch welche versucht wird, das Abkommen noch aufzuhalten.

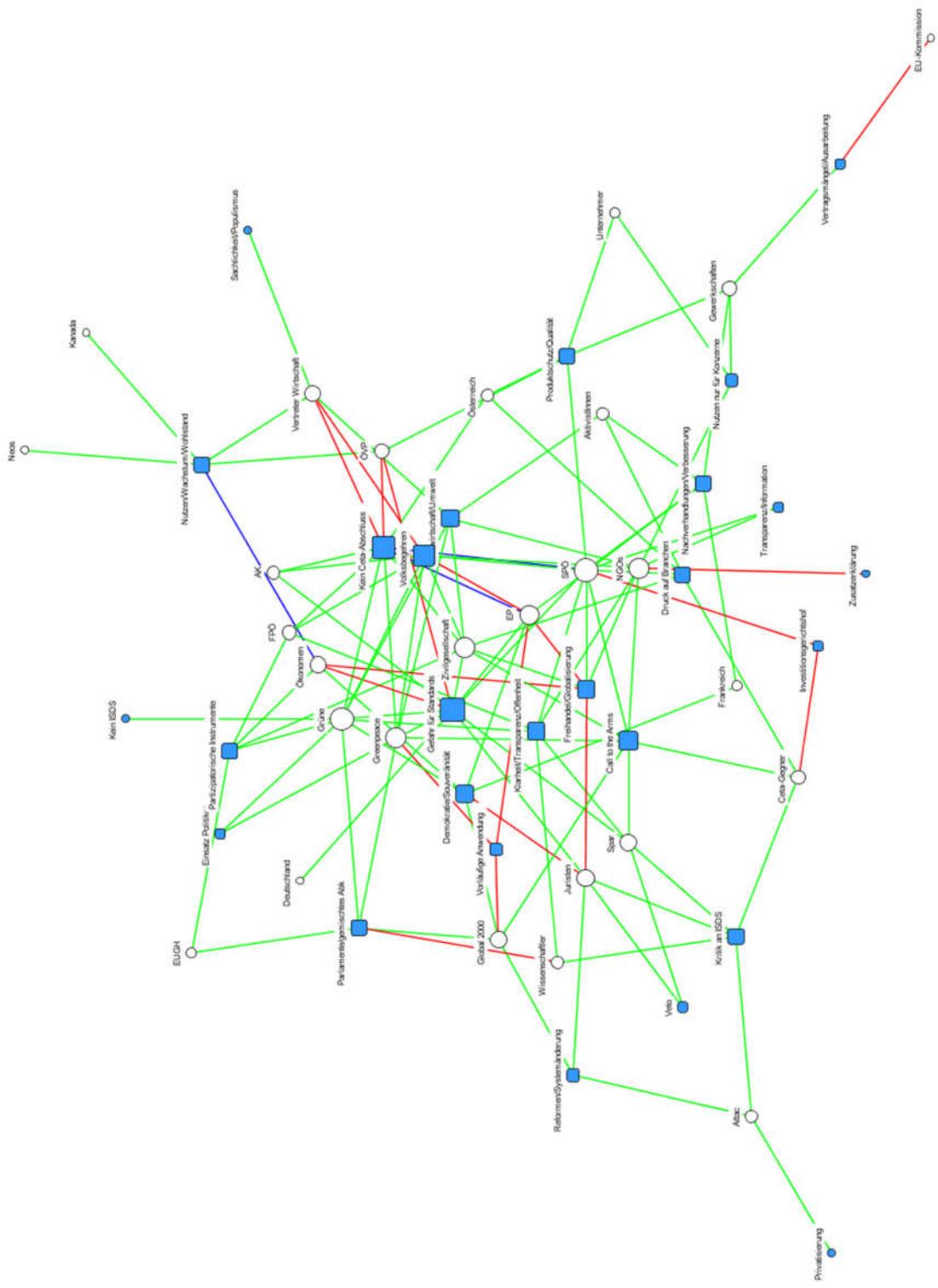


Abbildung 13: Affiliationsnetzwerk 2017 gesamt

Außerdem kann man an diesem Netzwerk auch erkennen, dass es nicht mehr nur an den CETA-BefürworterInnen liegt, Argumentations- und Interpretationsmuster zu widerlegen, sondern auch an den KritikerInnen.

Auch in der Betrachtung über die Zeit kann man wieder erkennen, dass die CETA-kritische Diskurskoalition es ziemlich schnell schaffte, jene Frames des *diagnostic framing* von Anfang an zu besetzen, die den Diskurs dominierten. Als Reaktion darauf lassen sich auch die vorgenommenen Änderungen der CETA-UnterstützerInnen, vor allem der Europäischen Kommission, zurückführen. Da das *prognostic framing* nicht von einer Diskurskoalition dominiert wurde, konnten sich hier die KritikerInnen nicht durchsetzen und ein Scheitern des Freihandelsabkommens wie bei TTIP unterblieb bis jetzt.

## 7. Fazit

Zusammenfassend kann hier als erstes festgehalten werden, dass der Diskurs rund um CETA als durchaus komplex beschrieben werden kann. Das resultiert nicht nur daraus, dass im Laufe der Jahre der Umfang der Berichterstattung in allen drei Tageszeitungen auf eine beachtliche Größe angewachsen ist. Aus den Daten ist dabei ersichtlich, dass vor allem in der Kronen Zeitung CETA negativ geframed wurde und einen großen Anteil an den Statements CETA-kritischer Akteure aufweist. Die diesbezügliche These, dass die Kronen Zeitung CETA kritischer bis negativ darstellt, kann somit bestätigt werden.

Die Komplexität hat ihre Wurzeln aber auch darin, dass nicht wie in anderen Diskursen, die anhand einer Diskursnetzwerkanalyse untersucht wurden, zwei klar abgrenzbare Diskurskoalitionen ausgemacht werden konnten, die sich auf ihre eigenen Frames berufen und ideell nicht überlappen. Dies ist nur beim Masterframe „Kein CETA-Abschluss“ möglich, nicht aber bei den Codes des *diagnostic* und *prognostic framing*. Jedoch muss festgehalten werden, dass die CETA ablehnende Diskurskoalition das *diagnostic framing* seit Beginn eindeutig dominierte, weswegen sie auch beachtliche Erfolge erzielen konnte. Aufgrund ihrer Kritik am ISDS sowie der beabsichtigten Nichteinbeziehung der nationalen Parlamente, des Vorwurfs mangelnder Transparenz

und Demokratie und des Verweises auf mangelnde Absicherung von Standards wird ein Investitionsgerichtshof samt Berufungsinstanz implementiert, gab die Kommission bei der Frage der Ratifizierung nach, änderte ihre Handelsstrategie hin zu mehr Transparenz und Information und wurde die Negativliste in ihrer Reichweite eingeschränkt. Die befürwortende Diskurskoalition konnte diesen *diagnostic* Frames keine gleich starken Konzepte entgegensetzen und musste sich zum Großteil darauf beschränken, Kritikpunkte zu widerlegen und ihre eigene Haltung zu rechtfertigen. Hinsichtlich des *prognostic framing* ist die Lage dagegen nicht so eindeutig und keine der beiden Koalitionen konnte, entgegen der Empfehlung des Diskurskoalitionenansatzes, eine wirkliche Dominanz aufbauen. Vielmehr verweisen beide auf ein Bündel verschiedener sowie zum Teil gleicher Lösungsvorschläge und wollen die Argumente der jeweils anderen entkräften, weshalb die These, dass beide auf verschiedene Frames Bezug nehmen nicht bestätigt werden kann. Außerdem halten hierzulande auch grundsätzliche BefürworterInnen des Freihandelsabkommens nicht mit Kritik zurück und sehen durchaus auch noch Verbesserungsmöglichkeiten. Anhand der Widersprüchlichkeiten beider Seiten war es schließlich trotzdem möglich, recht aussagekräftige Konfliktnetzwerke zu erstellen und zwei Diskurskoalitionen auszumachen.

Betrachtet man die eben beschriebenen Entwicklungen des politischen Prozesses rund um CETA ist also eine Verbindung der zentralen Frames der CETA-kritischen Koalition und den vorgenommenen Änderungen auszumachen. Sie konnten den Diskurs dahingehend ändern, dass die Verantwortlichen nachträgliche Änderungen vornehmen mussten, sollte das Abkommen zur Wirkung gelangen. Die KritikerInnen CETAs schafften es mit ihrer *story line*, viele Teile der Gesellschaft abzufangen und das öffentliche Stimmungsbild aufgrund des starken Narrativs, der während der Nachwehen der Wirtschaftskrise auf fruchtbaren Boden stieß, zu ihren Gunsten zu drehen. Dagegen kam die unterstützende Koalition nicht an und musste immer auf die *story line* der anderen Bezug nehmen anstatt ihre eigenen Frames einzubringen. Die Hypothese, dass die Stärke der *story line* einer Diskurskoalition ihr mehr Bedeutung und Einfluss im ganzen Diskurs bringt, kann somit ebenfalls verifiziert werden.

Die Tatsache, dass die GegnerInnen CETA dennoch (noch) nicht zum Scheitern bringen konnten, liegt deshalb vielleicht darin, dass die Verantwortlichen einerseits bemüht waren, negative Aspekte zu verbessern, die CETA-kritische Koalition aber auch beim *prognostic framing* keine Diskurshoheit erlangen konnte. Trotzdem wird es noch spannend zu sehen sein, wie der Ratifikationsprozess in den Mitgliedstaaten sich entwickeln wird und welche Diskurskoalition als Sieger vom Platz gehen wird.

## 8. Literatur

- Ackhurst, Kevin, Stephen Natrass und Erin Brown. 2016. „CETA, the Investment Canada Act and SOEs: A Brave New World for Free Trade.“ *ICSID Review* 31 (1): 58–76.
- Benford, Robert D. und David A. Snow. 2000. „Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment.“ *Annu. Rev. Sociol.* 26 (1): 611–39.
- Braune, Gerd. 2016. „Reiches Land sucht engen Partner.“ *Die Presse*, 29. Oktober.
- Breuss, Fritz. 2017. „Der Konflikt um CETA und TTIP.“ Zugriff: 8. Juli 2017. [http://fritz.breuss.wifo.ac.at/Breuss\\_Der\\_Konflikt\\_um\\_CETA\\_und\\_TTIP\\_Steirisches\\_JB\\_fuerPolitik\\_2016.pdf](http://fritz.breuss.wifo.ac.at/Breuss_Der_Konflikt_um_CETA_und_TTIP_Steirisches_JB_fuerPolitik_2016.pdf).
- D'Erman, Valerie J. 2016. „Comparative Intergovernmental Politics: CETA Negotiations between Canada and the EU.“ *PaG* 4 (3): 90.
- Die Presse. 2017. „Rege Teilnahme an Volksbegehren gegen TTIP, Ceta und Tisa.“ *Die Presse*, 30. Januar. Zugriff: 15. August 2017. <http://diepresse.com/home/ausland/5162330/Rege-Teilnahme-an-Volksbegehren-gegen-TTIP-Ceta-und-Tisa>.
- Dorn, Florian, Manuela Krause, Niklas Potrafke und Daniel Weishaar. 2016. „Die Freihandelsabkommen TTIP und CETA und ihre Auswirkungen - was sagen die Ökonomen?“. *ifo Schnelldienst* 69 (18): 41–46.
- EUR-Lex. 2016. „Vorsorgeprinzip.“ Zugriff: 12. Juli 2017. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=URISERV%3A132042>.
- Europäische Kommission. 2006. „Global Europe: Competing in the World: A Contribution to the EU's Growth and Jobs Strategy.“ COM (2006) 567 final. Zugriff: 7. Juli 2017. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2006:0567:FIN:en:PDF>.  
Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions.
- . 2010. „Handel, Wachstum und Weltgeschehen: Handelspolitik als Kernbestandteil der EU-Strategie Europa 2020.“ KOM(2010) 612. Zugriff: 7. Juli 2017. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52010DC0612&from=en>.  
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen.
- . 2017a. „CETA erklärt.“ Zugriff: 11. Juli 2017. [http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ceta/ceta-explained/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ceta/ceta-explained/index_de.htm).
- . 2017b. „Die Handelspolitik der EU.“ Zugriff: 8. Juli 2017. [http://ec.europa.eu/germany/handelspolitik\\_der\\_eu\\_de](http://ec.europa.eu/germany/handelspolitik_der_eu_de).
- Europäischer Rat. 2017. „EU-Handelsabkommen.“ Zugriff: 22. Mai 2017. <http://www.consilium.europa.eu/de/policies/trade-agreements/>.
- Fischer, Frank und John Forester. 1993. „Editors' Introduction.“ In *The Argumentative turn in policy analysis and planning*, hg. v. Frank Fischer und John Forester, 1–17. Durham, NC: Duke Univ. Press.

- Gstöhl, Sieglinde und Dominik Hanf. 2014. „The EU’s Post-Lisbon Free Trade Agreements: Commercial Interests in a Changing Constitutional Context.“ *European Law Journal* 20 (6): 733–48.
- Hajer, Maarten A. 1993. „Discourse Coalitions and the Institutionalization of Practice: The Case of Acid Rain in Britain.“ In Fischer und Forester, *The Argumentative turn in policy analysis and planning*, 43–76.
- Herweg, Sarah. 2013. „Politische Diskursnetzwerke und der Konflikt um das Anti-Piraterie-Abkommen ACTA.“ *PIPE - Papers on International Political Economy* 15. [http://www.diss.fu-berlin.de/docs/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDOCSS\\_derivate\\_000000002490/PIPE\\_Working\\_Paper\\_15-13\\_Herweg\\_-\\_Politische\\_Diskursnetzwerke\\_und\\_der\\_Konflikt\\_um\\_das\\_Anti-Piraterie-Abkommen\\_ACTA.pdf](http://www.diss.fu-berlin.de/docs/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDOCSS_derivate_000000002490/PIPE_Working_Paper_15-13_Herweg_-_Politische_Diskursnetzwerke_und_der_Konflikt_um_das_Anti-Piraterie-Abkommen_ACTA.pdf).
- Hummer, Waldemar. 2015. „Was haben TTIP, CETA und TISA gemeinsam? ‚InvestorTo-State Dispute Settlement‘ (ISDS) als umstrittenes Element der EU-Freihandelsabkommen.“ *integration* 38 (1): 3–25.
- Janning, Frank, Philip Leifeld, Thomas Malang und Volker Schneider. 2009. „Diskursnetzwerkanalyse: Überlegungen zur Theoriebildung und Methodik.“ In *Politiknetzwerke: Modelle, Anwendungen und Visualisierungen*, hg. v. Volker Schneider, Frank Janning, Philip Leifeld und Thomas Malang. 1. Aufl., 59–92. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Kafsack, Hendrik. 2016. „Durchbruch im Streit um Investorenschutz.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29. Februar. Zugriff: 11. Juli 2017. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ttip-und-freihandel/kanada-und-eu-einigung-ueber-investorenschutz-in-ceta-14097550.html>.
- . 2016. „Warum TTIP und Ceta die Menschen aufregen.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. September. Zugriff: 8. Juli 2017. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ttip-und-freihandel/so-steht-es-um-ttip-ceta-und-das-sind-die-knackpunkte-14437113.html>.
- Kern, Thomas. 2008. *Soziale Bewegungen: Ursachen, Wirkungen, Mechanismen. Hagener Studentexte zur Soziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Kuckartz, Udo. 2016. *Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. 3. überarbeitete Auflage. *Grundlagentexte Methoden*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa. [http://www.content-select.com/index.php?id=bib\\_view&ean=9783779943860](http://www.content-select.com/index.php?id=bib_view&ean=9783779943860).
- Leifeld, Philip. 2009. „Die Untersuchung von Diskursnetzwerken mit dem Discourse Network Analyzer (DNA).“ In Schneider, Janning, Leifeld und Malang, *Politiknetzwerke*, 391–404.

- . 2012. „Discourse Network Analyzer Manual.“  
<https://github.com/leifeld/dna/wiki/User-Manual-for-the-Discourse-Network-Analyzer>.
- Leifeld, Philip und Sebastian Haunss. 2012. „Political discourse networks and the conflict over software patents in Europe.“ *European Journal of Political Research* 51 (3): 382–409.
- Mayer, Thomas. 2017. „Freihandel: Nationale Parlamente dürfen mitreden.“ *Der Standard*, 16. Mai. <http://derstandard.at/2000057654282/EUGH-ebnet-Weg-fuer-Veto-Recht-gegen-Freihandelsabkommen>.
- McKenzie, Francine. 2014. „Faith, fear, and free trade.“ *International Journal: Canada's Journal of Global Policy Analysis* 69 (2): 233–45.
- Monar, Jörg. 2014. „Außenhandelsbeziehungen.“ In *Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration*, hg. v. Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels. 13., überarb. Neuaufl., 98–104. Baden-Baden: Nomos.
- Mühlauer, Alexander. 2016. „Ceta bekommt einen Investitionsgerichtshof: Ein Vorbild für TTIP?“. *Süddeutsche Zeitung*, 1. März. Zugriff: 15. August 2017. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/freihandel-weg-mit-den-schiedsgerichten-1.2886059>.
- Münch, Sybille. 2016. *Interpretative Policy-Analyse: Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Österreichische Gesellschaft für Europapolitik. 2016. „ÖsterreicherInnen sehen sich als Freihandels skeptiker.“ Zugriff: 15. August 2017. <http://oegfe.at/wordpress/2016/09/oegfe-umfrage-oesterreicherinnen-sehen-sich-als-freihandels-skeptiker/>.
- Saldaña, Johnny. 2016. *The Coding Manual for Qualitative Researchers*. 3. edition. Los Angeles, Calif., London, New Delhi, Singapore, Washington DC: SAGE.
- Schmidt, Vivien A. und Claudio M. Radaelli. 2004. „Policy Change and Discourse in Europe: Conceptual and Methodological Issues.“ *West European Politics* 27 (2): 183–210.
- Schneider, Volker, Frank Janning, Philip Leifeld und Thomas Malang, Hg. 2009. *Politiknetzwerke: Modelle, Anwendungen und Visualisierungen*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Schöllmann, Wilhelm. 2017. „Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) with Canada.“ Zugriff: 12. Juli 2017. <http://www.europarl.europa.eu/EPRS/EPRS-Briefing-595895-Comprehensive-Economic-Trade-Agreement-Canada-rev-FINAL.pdf>.
- Schwaiger, Rosemarie. 2016. „Die seltsame Allianz der österreichischen Ceta-Gegner.“ *Profil*, 28. September. Zugriff: 11. Juli 2017. <https://www.profil.at/shortlist/wirtschaft/allianz-ceta-gegner-kern-7590814>.
- Snow, David A. und Robert D. Benford. 1992. „Master Frames and Cycles of Protest.“ In *Frontiers in social movement theory*, hg. v. Aldon D. Morris und Carol McClurg Mueller, 133–55. New Haven, Conn. Yale University Press.

- Snow, David A., E. B. Rochford, Steven K. Worden und Robert D. Benford. 1986. „Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation.“ *American Sociological Review* 51: 464–81.
- Süddeutsche Zeitung. 2016. „Die wesentlichen Kritikpunkte an Ceta.“ *Süddeutsche Zeitung*, 22. Oktober. Zugriff: 12. Juli 2017. <http://www.sueddeutsche.de/news/politik/eu-die-wesentlichen-kritikpunkte-an-ceta-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-161022-99-901608>.
- Troszczynska-van Genderen, Wanda. 2014. „Stakeholder, parliamentary and third country concerns about the EU-Canada Comprehensive Trade and Economic Agreement (CETA).“ Zugriff: 12. Juli 2017. [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2014/536428/EXPO\\_IDA\(2014\)536428\\_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2014/536428/EXPO_IDA(2014)536428_EN.pdf).
- Waever, Ole. 2009. „Discursive Approaches.“ In *European integration theory*, hg. v. Antje Wiener und Thomas Diez. 2. Aufl., 163–80. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Zeit Online. 2017. „Ceta-Handelsabkommen wird ab September umgesetzt.“ *Zeit Online*, 8. Juli. Zugriff: 11. Juli 2017. <http://www.zeit.de/news/2017-07/08/eu-ceta-handelsabkommen-wird-ab-september-umgesetzt-08154803>.